:antifaschistische nachrichten Nr. 13

g 3336 3.7.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Nazi-Aufmarsch in Bonn-Duisdorf verhindern

Das Bonner Aktionsbündnis „Kein Fußbreit den Faschisten!“ ruft für den 12. Juli auf zu einer Demonstration gegen Nazis. Der Anlass: Für den 12.7.08 hat das neonazistische „Aktionsbüro Mittelrhein“ eine Demonstration unter dem Motto „Freiheit gibt es nicht geschenkt“ in Bonn-Duisdorf angemeldet.

Die Demonstration richtet sich gegen die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“, die unter anderem jugendgefährdende Texte im sogenannten Rechtsrock-Bereich indiziert. Der Verkauf rechtsextremer CDs ist eine wichtige Einnahmequelle für die rechte Szene.

Nach über 10 Jahren ist dies der erste Versuch der Nazis, wieder in Bonn zu demonstrieren.

Wir, Bonner Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Verbände, Initiativen und Vereine setzen ein Zeichen: Für Neonazis und Faschisten ist in Bonn kein Platz! Dies ist unsere Stadt!

Gemeinsam gegen Rassismus und rechte Gewalt! Für ein Leben in bunter Vielfalt und gegenseitigem Respekt!

Gemeinsam gegen Neonazi-Organisationen und -Parteien! Für die Umsetzung des antifaschistischen Auftrages unseres Grundgesetzes!

Wir rufen auf zu einer Demonstration: Kein Fußbreit den Faschisten! Friedlich und entschlossen: Naziaufmarsch verhindern!

12. Juli 2008
8:00 Uhr DGB-Haus Bonn
Endenicher Straße 127
Aktuelle Informationen unter:
www.bonn-stellt-sich-quer.de

Aus dem Inhalt:
Widerstand gegen Rassistenkongress in Köln nimmt zu 8
Meuterei der Verzweifelten 11

Bleiberecht für Flüchtlinge

Demonstration in München gegen die drohenden Abschiebungen in die Türkei

Mahmut Yilmaz ist in Lebensgefahr! Das bayerische Innenministerium will den kurdischen Familienvater Mahmut Yilmaz in den Folterstaat Türkei abschieben. Dort drohen dem 44-Jährigen politische Verfolgung, Folter und Tod. Deswegen musste Mahmut jetzt politisches Asyl beantragen, dabei lebt er seit 27 Jahren in München. Am 28. Juni demonstrierten 200 Menschen in München gegen die Abschiebung.

1981 kam Mahmut als kurdischer Jugendlicher aus der Türkei nach Deutschland. Hier engagierte sich Mahmut gegen die grausame Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei. Während die türkische Armee in den 1990er Jahren mit deutschen Panzern, deutschen LKWs und deutschen Waffen 4.000 kurdische Dörfer nieder brannte und mindestens 37.000 Kurden und Kurdinnen ermordete, verbot der deutsche Staat die kurdische Befreiungsorganisation PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). 1995 protestierten Mahmut und andere Kurden gegen das Verbot des „Kurdischen Elternvereins in München, indem sie das Vereinshaus besetzten. Deswegen wurde Mahmut 1996 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Nach der Entlassung überzog ihn die Polizei immer wieder mit Verfahren wegen angeblicher Verstöße gegen das PKK-Verbot. Mahmut verlor mehrfach seine Arbeit, weil die Behörden Druck auf seine Arbeitgeber ausübten. Schließlich nahm man ihm die Aufenthaltsberechtigung, Mahmut ist rechtskräftig ausgewiesen. Als Asylbewerber soll er nun im Flüchtlingslager interniert werden. Damit zerreißen die Behörden seine Familie. Mahmuts Ehefrau lebt hier, die vier gemeinsamen Kinder sind in München aufgewachsen bzw. geboren, die jüngsten gehen noch zur Schule. Mahmuts Ausweisung wird damit begründet, dass er angeblich die Sicherheit der BRD gefährde – dabei gefährdet der deutsche Staat Mahmuts Leben und zerstört seine Familie!

Ausländer, die sich in der Bundesrepublik Deutschland politisch betätigen, leben gefährlich. Ihnen droht neben „normalen“ Strafen (Haft, Geldbuße) auch die Abschiebung. Sie werden für ihr politisches Engagement doppelt bestraft. – Diese rassistischen Sondergesetze sind ein Skandal.

An kurdischen Aktivisten wie Mahmut wird ein Exempel statuiert. Indem man sie ausweist, will man andere Migranten einschüchtern und deren politische Aktivitäten unterbinden. Mahmuts letzte Chance ist, in Deutschland Asyl wegen drohender politischer Verfolgung zu bekommen.

Verhindert die Abschiebung von Mahmut Yilmaz in den Folterstaat Türkei! Keine Abschiebungen – nirgendwohin!

weiter auf Seite 3 unten

NRW-Kommunalwahlkampf eingeläutet

KÖLN. Die extrem rechte „Bürgerbewegung pro NRW“ will Ende Juni auf einer „Funktionsträgertagung“ die „Weichen für möglichst viele Kommunalwahlantritte der Pro-Bewegung in NRW“ gestellt haben. Angeblich zeigten die bisherigen Aufbauarbeiten in NRW „eine außerordentlich positive Bilanz“, heißt es in dem Rundbrief der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln“.

Sieht man sich jedoch die Aktualität der Webseiten so mancher bereits von „Pro NRW“ gegründeten Kreisverbände an, oder vergleicht die gezeigten Fotos von „Pro Köln“-Aktivitäten mit den – großzügig – angegebenen Teilnehmerzahlen, könnte man eher zu dem Schluss kommen, dass es so ganz glatt wohl nicht läuft, was die altgedienten rechten Kader von „Pro Köln“ bzw. „Pro NRW“ da ausgekungelt haben.

So liest sich die Liste der Orte, in denen – nach dem derzeitigem Stand der Dinge – Kommunalwahlantritte „sicher“ sein sollen, eher noch wie ein Wunschzettel. Neben Köln sollen dies Leverkusen, der Rhein-Sieg-Kreis, Siegburg, Troisdorf, Lemgo, Kreis Lippe, Bergheim, Rhein-Erft-Kreis, Dormagen, Rhein-Kreis Neuss, Gelsenkirchen, Radevormwald, Oberbergischer Kreis und Voerde sein. Flächendeckende Kandidaturen „möglich“ seien, so „Pro Köln“, darüber hinaus noch in Essen, Bonn, Solingen, Wesel, Bielefeld, Bottrop, Rhein-Bergischer-Kreis, Bergisch-Gladbach, Burscheid, Nettetal und Mönchengladbach.

Ob es der „Pro“-Formation, die sich als „demokratisch legitimierte Rechtspartei“ präsentiert, im Juni kommenden Jahres tatsächlich gelingen wird, das „verkrustete Parteiensystem“ aufzusprengen, steht wohl noch in den Sternen. Mag sie sich noch so sehr als „nordrhein-westfälische Antwort“ auf „den Linksruck der gesamten politischen Klasse“ aufspielen. *hma* ■

Nazi-Treffen mit Pannen

PULHEIM. Der unlängst aus dem Gefängnis entlassene Neonazi Axel Reitz hatte für den 14. Juni zu einer Saalveranstaltung unter dem Motto „Der einzige Weg in die Zukunft: Nationaler Sozialismus!“ nach Pulheim eingeladen. Diese verlief nicht ganz nach Plan. Der Wirt der Gaststätte, die in der Vergangenheit auch der Pulheimer „Kameradschaft“ als Versammlungsort gedient hatte, stellte die Organisatoren um Reitz vor erhebliche Probleme. Der war plötzlich spurlos verschwunden und ein Nachfolger wusste nichts von einer „geschlossenen Gesellschaft“.

In der Kürze der Zeit fanden die Organisatoren aber doch noch eine andere Gaststätte, die von einem Kroaten geführt wird, und die wohl überschaubare Schar an Teilnehmern musste sich mit einer Kegelbahn im Keller zufrieden geben. Da diese nur für kurze Zeit zur Verfügung stand, mussten der frühere Kühnen-Weggefährte Thomas Brehl und Hartmut Wostupatsch auf ihre Redebeiträge verzichten. So kamen von den Gästen lediglich der ehemalige NS-Jagdflieger Reinhold Leidenfrost und Christian Worch aus Hamburg zu Wort.

Letzterer sprach über die aktuelle politische Lage und hob die – seiner Meinung nach – zugespitzte Lage hervor, die schon mit den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts vergleichbar sei.

abk ■

Anfrage zur „AGR“ im Landtag

DÜSSELDORF. Rüdiger Sagel, fraktionsloser Abgeordneter im Nordrhein-Westfälischen Landtag, hatte im Mai eine kleine Anfrage zu den „Autonomen Nationalisten“ (AN) und der neonazistischen „AG Rheinland“ gestellt. Das Innenministerium des Landes beantwortete nun die Anfrage im Namen der Landesregierung und im Einvernehmen mit dem Justizministerium.

Dabei kommt das Ministerium zu wenig anderen Einschätzungen, als ohnehin schon bekannt sind. So stellt es bei den „AN“ eine „deutliche Zunahme der Gewaltbereitschaft“ fest. Die fast ausnahmslos Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen im Alter von 16 – 23 Jahren, die sich „im Krieg gegen ein Scheiss-System“ sehen, schätzt das Ministerium auf „eine Gesamtgröße von ca. 100 Personen“ in NRW, wobei „das insgesamt mobilisierbare Potential einschließlich Umfeld ca. 150 Personen“ umfasse. Als Gefahr wird dabei besonders die „individualisierbare Scharnierfunktion als „Eintrittspforte“ in die etablierten rechtsextremistischen oder neonazistischen Strukturen“ gesehen. Dabei verfügten die „AN“ „über ein differenziertes Umfeld mit Kontakten sowohl in die rechtsextremistische Mischszene als auch im geringen Umfang zu sogenannten erlebnisorientierten Jugendlichen als kurzfristiges, temporär ansprechbares Mobilisierungspotential“.

Zwar stellt das Ministerium ein Anwachsen politisch motivierter Kriminalität durch Neonazis im Großraum Aachen-Köln-Leverkusen in den letzten Jahren fest (2007: 29 Gewalt-delikte, 2006: 21 und 2005: 19), kommt aber zu dem Schluss, dass der benannte Großraum „im Landesvergleich“ nicht als „Brennpunkt“ gesehen werden könne.

Hinsichtlich konkreter Übergriffe von Neonazis im vergangenen Jahr in Leverkusen und Anfang 2008 in Aachen konnten Tatverdächtige bislang „nicht ermittelt werden“ bzw. liegen dem Ministerium „keine Informationen“ vor.

Bezüglich der „AN“ in Pulheim zeigten die verschiedenen polizeilichen Maßnahmen „positive Resultate“ und würden fortgeführt. Ansonsten würden die Sicherheits-behörden die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen.

Eine konkrete Aussage zur Einbindung der Kommunen in die Bekämpfung der Nazi-Szene bleibt das Ministerium leider schuldig. *hma* ■

Protest gegen Bundeswehr-Auslandseinsatz war nicht rechtswidrig

FRANKFURT. Das Verteilen der Flugblätter gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr bei der Berufsbildungsmesse der IHK Frankfurt durch den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Römer, Lothar Reininger, war rechtens *(siehe auch letzte Ausgabe, AN 12-08, Seite 4)*. Das geht aus der Antwort des Verkehrsdezernenten Lutz Sikorski (Grüne) auf eine Anfrage der FAG-Fraktion im Römer in der Plenarsitzung am 19. Juni hervor.

Reininger war bei der Berufsbildungsmesse von zwei Polizeibeamten zu Boden geworfen und in Handschellen abgeführt worden.

Sondernutzungsrechte, wie sie bei der Messe vom 5. bis zum 7. Juni an die Veranstalter vergeben worden waren, untersagen demnach das Verteilen von Flugblättern nicht. Mit dem Sondernutzungsrecht wird nicht automatisch das Hausrecht übertragen. „Ich habe schon hunderte Male Flugblätter in Frankfurt verteilt und habe so etwas noch nicht erlebt“, sagt Reininger empört, „das waren Polizeistaatsmethoden. Ich erwarte eine Entschuldigung.“

Der Fraktionschef will jetzt rechtlich gegen seine vorübergehende Festnahme vorgehen. Als geladener Stadtverordneter bei der Eröffnungsveranstaltung der IHK-Messe hatte er sich mit Parteikollegen solidarisiert. Diese machten mit Flugblättern auf das Risiko einer Ausbildung bei der Bundeswehr aufmerksam: Wer sich dafür entscheidet, verpflichtet sich gleichzeitig zu einem mindestens einjährigen Auslandseinsatz, zum Beispiel in Afghanistan.

DIE LINKE.
Fraktion im Römer ■

Erfolgreiche Demonstration für Versammlungsfreiheit in München

Mit 5000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei bester Stimmung zog am 21. Juni unsere Demonstration gegen das geplante bayerische Versammlungsgesetz durch die Straßen von München. Ein Bericht in der ARD-Tagesschau um 20 Uhr brachte die so notwendige bundesweite Bekanntmachung. Unter folgender Internetadresse kann der Spot – der auch in anderen Sendern u.a. im Bayerischen Fernsehen gezeigt wurde – angesehen werden: http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video335944.html

In Nürnberg schuf die Kundgebung am Tag zuvor mit ca. 300 Teilnehmenden ein beachtliches Presse-Echo in den Nürnberger Nachrichten. Auch bei der Demonstration in Rosenheim mit ca. 300 Teilnehmenden anlässlich eines Treffens der „Republikaner“ (s.a. Seite 6) war der Widerstand gegen das geplante bayerische Versammlungsgesetz Thema. So haben wir an dem Wochenende einen Achtungserfolg erreicht, der uns einen wichtigen weiteren Ansporn geben kann. Dazu haben viele beigetragen. Besonders erwähnt sei hier das nimmermüde Aktionsbüro Versammlungsfreiheit, das in schier unglaublicher Anstrengung für die Verbreitung der Flugblätter, die Herstellung der Schilder und vieles mehr gesorgt hat.

Wie geht es nun weiter?

···⁘ Am 10. Juli tagt der Rechtsausschuss des bayerischen Landtags. Allen Organisationen, gewerkschaftlichen Gliederungen, Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen wird vorgeschlagen, bis zum 9. Juli eine Eingabe zu machen, die dann beim Rechtsausschuss behandelt werden muss. Zwei Mustereingaben befinden sich im Netz als PDF und sind als word-Datei dem Rundmail angefügt. Da verschiedene Eingaben einzeln behandelt werden müssen, ist es aber sinnvoll, dass möglichst viele unterschiedliche Eingaben beim Rechtsausschuss gemacht werden! Wichtig: Bei den Eingaben muss die vollständige Adresse mit angegeben sein, damit der Rechtsausschuss antworten kann. Die Sitzung ist öffentlich – je mehr Zuhörer umso besser!

···⁘ In der letzten Landtagssitzung vom 15. – 17. Juli 2008 wird über das Gesetz abgestimmt. Während dieser Zeit werden die Münchner Streikleitungen aus Druckindustrie, Post, Telekom, und Öffentlicher Dienst ihr Streikzelt als Mahnwache für die Versammlungsfreiheit bei dem Landtagspräsidenten Alois Glück in der Bannmeile des Landtags beantragen. Wir halten Euch auf dem Laufenden! Über Aktionen weiterer Gegner des Versammlungsgesetzes informieren wir im Internet, sobald wir Genaueres davon wissen.

···⁘ Für den Fall der Verabschiedung wird parallel eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vorbereitet.

Hedwig Krimmer, ver.di München ■
www.verdi-muenchen.de

Fortsetzung von Seite 1: Bleiberecht für Flüchtlinge

Serdar Gürboga:

Von Abschiebung in die Türkei bedroht sind noch zahlreiche junge kurdische Männer und Frauen, die während der letzten Jahre nach Deutschland flohen. Zum Beispiel Serdar Gürboga.

Serdar lebt seit viereinhalb Jahren in Deutschland, seit 2007 „wohnt“ er im Flüchtlingslager Rosenheimerstraße in München. – Mehrere von Serdars Verwandten wurden Opfer d. türkischen Militärs. Ein Cousin wurde 1986 von einem Militärgericht zum Tode verurteilt, ein anderer Cousin ist seit 1994 verschwunden. Drei weitere Verwandte wurden durch türkisches Militär ermordet. Im Herbst 2005 töteten Unbekannte einen Cousin Serdars. Als Serdars Vater daraufhin Nachforschungen anstellte, bekam er anonyme Todesdrohungen am Telefon.

Würde Serdar in die Türkei zurückkehren, wäre er, gerade vor dem Hintergrund der sich seit 2007 erneut verschärfenden Verfolgung kurdischer Oppositioneller, in großer Gefahr, ebenfalls dem Terror der Sicherheitskräfte zum Opfer zu fallen.

Um sein Leben zu schützen, hat er in Deutschland Asyl beantragt. Mit der zynischen Behauptung, die Türkei sei im Zuge der EU-Annäherung auf dem Weg der Demokratisierung, wird Flüchtlingen aus der Türkei durch Bundesamt und Gerichte die Anerkennung verweigert.

Für Serdar geht es nun darum, entgegen einer solchen Politik der Ignoranz sein Menschenrecht auf Asylschutz zu verteidigen. Darum fordert diese Kampagne Asyl und Bleiberecht für ihn. Auch sein Leben ist in Gefahr

Bleiberecht für alle Flüchtlinge!

Münchner Lokalberichte Nr. 13-2008
vom 26.6.2008 ■

Die Ausstellung gehört in den Hauptbahnhof!

„Sonderzüge in den Tod – Die Deportationen mit der Deutschen Reichsbahn“

Köln. Am Montag, 23.6.2008 um 12 Uhr wurde die Ausstellung über die Verbrechen der Deutschen Reichsbahn eröffnet.

Und zwar nicht – wie von vielen gefordert – im Kölner Hauptbahnhof, sondern im „RheinTriadem“, der früheren Bahndirektion am Konrad-Adenauer-Ufer.
Vor der Ausstellungseröffnung lud die Initiative „Die Bahn erinnern“ zu einer kurzen Gedenkfeier um 11 Uhr am Mahnmal „Die Schwelle“ an der Seite des Hauptbahnhofs ein.

Kritikpunkte an der Ausstellung

Zwei zentrale Kritikpunkte an der Bahn-Ausstellung hob die Sprecherin der Initiative hervor:

Sie kritisierte den abseits gelegenen Ausstellungsort und forderte, dass die Ausstellung im Kölner Hauptbahnhof und in allen großen Bahnhöfen gezeigt wird, also an öffentlichen Orten als Stellungnahme gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Die Sprecherin lehnte die „Historisierung“ ab. Die Ausstellung berichtet (mit einer kleinen Ausnahme) nur über die Zeit bis 1945. Dass die Täter nach 1945 für die Bahn weiter arbeiteten, ist in der Ausstellung kein Thema.

Auch die Kölner Bahndirektion als ehemaliger Täterort ist nicht Gegenstand der Ausstellung. Tamara Dreifuss, die die Deportation überlebte, wandte sich auf der Kundgebung dagegen, dass die jetzige Kölner Bahnleitung das Mahnmal von dem ursprünglichen Aufstellungsort vor dem Haupteingang um die Ecke, an die Bahnhofsseite verstecken ließ.

Frau Dreifuss: „Das Mahnmal steht hier nicht richtig. Die Schwelle gehört dahin, wo sie war, wo Menschen gehen. Es ist kein Argument, dass Leute gestört würden. Damals wussten die Menschen genau, wo die Deportierten hin mussten. Warum sollen sie heute gestört sein? Warum!?“

Mit dem Transparent „Deportationen mit der Deutschen Reichsbahn / Bahnhöfe – Gedenkorte für die NS-Opfer!“ zogen die Kritiker durch den Bahnhof und dann zur Ausstellung in der ehemaligen Bahndirektion am Rheinufer.

Zeitungs- und Fernsehredakteure führten dort Interviews mit den Sprecherinnen und Sprechern der Initiative.

Kein Platz im Hauptbahnhof? Lächerlich!

Bei der Eröffnung erklärte der Sprecher der Bundesbahn lapidar, im Kölner Hauptbahnhof habe es für die Ausstellung keinen Platz gegeben. Da er wusste, dass alle 120 Anwesenden den schönen großen Raum in der Mitte der Bahnhof-Arkaden kennen – ein Platz für bisherige Ausstellungen und ausgedehnte Feste – sparte er sich weitere Aussagen gegen die Tatsachen.

Bürgermeisterin Antwerpes verwies in ihrer Rede auf die Vorgeschichte der Deportation, auf die Entrechtung der jüdi-

Solidaritätskundgebung für das AIDA-Archiv vor dem Kafe Marat

München. Zu einer Solidaritätskundgebung gegen die Angriffe der NPD auf das A.I.D.A.-Archiv versammelten sich am 13. Juni ca. 300 meist junge Leute vor dem Kafe Marat. Stadträtin Wolf hielt einen hier dokumentierten Redebeitrag. Die Hetzveranstaltung der NPD besuchten laut Polizeibericht bis zu 100 Leute. Der von starken Polizeikräften geschützte NPD-Auftritt stieß auf lebhafte Proteste.

Stadträtin Brigitte Wolf:

„Vor einigen Jahren musste ich im Stadtrat erleben, wie der damalige Vertreter der Republikaner scheinheilige Reden über das Sicherheitsrisiko führte, das angeblich der Synagogenbau für die Anwohner bedeute. Gleichzeitig unterhielt er Kontakte zu einem Milieu, das diese Reden als Aufforderung begriff und die Grundsteinlegung der Synagoge sprengen wollte. Dieser Mann hatte sich übernommen. Er scheiterte politisch. Nun erleben wir einen neuen Mann, Stadtrat Richter, der auf einer von der CSU losgetretenen Welle ins Rathaus gespült wurde. Und wieder geht es darum, den Biedermann zu markieren, Ziele zu benennen und gleichzeitig ein Milieu zu pflegen, das die gewünschten Taten ausführt.

Die Arbeit von A.I.D.A. München, dem Antifaschistischen Informations- und Dokumentationsarchiv verschafft in unserer Stadt und Region vielen Menschen die Möglichkeit, Naziaktionen und -propaganda entlarven und nachweisen zu können. Deshalb sind die Nazis auf die Idee verfallen, A.I.D.A. direkt einzuschüchtern. Dies muss die Solidarität von uns allen, der ganzen Stadt herausfordern. Mit der heutigen Aktion zeigen wir, dass wir uns nicht einschüchtern lassen.

Liebe Freunde, ich möchte die Gelegenheit nutzen, zu einer offensiven Auseinandersetzung mit den scheinheiligen Parolen der Nazis aufzurufen, die gründlich geführt werden muss. Die NPD stellt sich in diesen Monaten immer offener in die Tradition des Nationalsozialismus. Sie wird im Landtagswahlkampf mit der Losung auftreten: „Sozial geht nur National“. Die Aussage ist um 180 Grad falsch. Sozial geht heute, in der modernen Welt der schnellen Kommunikations- und Verkehrsmittel, nur international.

Schon zur Zeit Hitlers war die Idee des „Nationalen Sozialismus“ sachlich unhaltbar. Die Nazis brauchten diese Idee, um ihre Absicht, Deutschland auf Kosten der Welt leben und herrschen zu lassen, zu

schen Bevölkerung, und auch darauf, dass leider die Täter nach 1945 als unbescholtene Bürger gelebt hätten, auch in Köln.

Durch den politischen Druck und die Arbeit des französischen Ehepaars Klarsfeld und vieler Initiativen in deutschen Städten sei diese Wanderausstellung der Bahn erwirkt worden. Sie erwähnte lobend die Kölner Initiative „Die Bahn erinnern“ und das Mahnmal „Die Schwelle“.

Frau Beate Klarsfeld war mit ihrem Mann aus Paris gekommen. Sie erinnerte an ihren gemeinsamen Kampf für die Bestrafung der Nazi-Verbrecher, wie z.B. Lischkas u.a. in Köln, Barbies, des „Schlächters von Lyon“, von A. Brunner.

Sie beide und viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter sicherten die Lebensdaten der 11400 deportierten französischen Kinder und auch der 800 aus Frankreich deportierten deutschen Kinder. Sie sind jetzt nach 60 Jahren wieder bekannt.

Mehr als 1000 Gedenktafeln in Frankreich, u.a. an Schulen, halten das Gedächtnis an die deportierten Kinder wach.

Beate Klarsfeld hoffte, dass „viele Menschen auf deutschen Bahnhöfen“ diese Kinder auf den Fotografien sehen, und mahnte, dass diese Verbrechen nie wieder geschehen.

Frau Dreifuss begann ihre Rede mit dem Satz: Ich war vorhin bei dem Mahnmal, „Die Schwelle“. Sie fühle sich als Patin der umgekommenen Kinder. Nur durch ein Wunder habe sie die Deportation mit dem Zug aus dem Ghetto Vilnius überlebt. Ihrer Mutter sei nach mehrmaligen Fluchtversuchen das Entkommen mit ihrer Tochter gelungen. Sie beide seien die einzigen Überlebenden des Todeszuges. Frau Dreifuss hat die in Jiddisch geschriebene Lebensgeschichte ihrer Mutter übersetzt und veröffentlicht.

Sie erklärte, dass sie die Dokumentation „lieber, viel lieber am Bahnhof“ ausgestellt sehen würde. Warum könne man den Passanten nicht zutrauen, dass sie das im Bahnhof sehen? Damals hätten die Passanten gewusst, dass die Deportierten keine Erholungsfahrt antreten würden. Warum sollten sie sich jetzt an der Ausstellung stören?

Sie schloss: Gut ist, dass die Ausstellung hier ist. Sie hoffte, dass viele die Ausstellung sehen, und auch, dass viele am kommenden Tag zu der Lesung aus dem Buch ihrer Mutter kämen.

Ohne Reichsbahn waren die Massenmorde nicht möglich

Auf der Eröffnungstafel dieser Ausstellung, die vom Jüdischen Museum Berlin entscheidend miterstellt wurde, ist zu lesen, dass ohne die eifrige Tätigkeit der Reichsbahner die Verbrechen der Deportationen und der millionenfachen Morde „nicht möglich“ gewesen seien. Diese Ausstellung begründet mit vielseitigen Informationen diese richtige Aussage.

Auf der Abschlusstafel halten die Ausstellungsmacher fest, dass sie nach über 60 Jahren entscheidende Fragen immer noch nicht wissenschaftlich gestellt und auch nicht beantwortet sehen:

„Über den Weg einer angemessenen Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus wird seit Jahren und auch heute eine intensive öffentliche Diskussion geführt.“

Wesentliche Fragen nicht gestellt

Die Betrachter fühlen sich gedrängt, diese Ausstellung keinesfalls als ausreichende oder abschließende Klärung der Verbrechen der Reichsbahner zu sehen. Welche sozialen Bedingungen führten dazu, dass die Beschäftigten der Bahn diese Mordtransporte durchführten? Wie und wodurch konnten die Täter nach 1945 ungehindert weiter machen? Welche Werte eignete sich die Reichsbahn durch die Deportationen an, die in das Vermögen der Bundesbahn flossen? Wann gehen Kölner Wissenschaftler an die wissenschaftliche Arbeit und lassen die Taten und Verbrechen der Kölner Bahn-Direktion nicht als „dunkle Seiten der deutschen Geschichte“ weiter im Dunklen? Die Ausstellung ihrer Ergebnisse im Kölner Hauptbahnhof brächte die öffentliche Diskussion voran.

gba ■

Die Ausstellung ist bis 6. Juli 2008 geöffnet, Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 3. 10-18 Uhr, Eintritt frei.

verschleiern. Weil schon damals die wirtschaftlichen Beziehungen international verflochten waren, war die nationalsozialistische Herrschaftsvorstellung nicht auf Deutschland beschränkt, es ging unvermeidlich um einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg.

Die Nazis errichteten über Europa bis hinein nach Asien und Afrika eine terroristische Ordnung, die durch Protektorate, unterworfene Gebiete, entrechtete Menschen und Vernichtungslager organisiert wurde. Es ist wichtig zu begreifen, dass eine solche Ordnung der Welt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Aber es ist auch wichtig zu verstehen, dass die Gegenkräfte stärker sind. Die Nazis scheiterten letztendlich an der Entschlossenheit der übrigen Welt.

Heute nimmt der nationale Sozialismus einen neuen Anlauf. Und schon seine ersten Schritte sind Verbrechen gegen die Menschenrechte. Während sie niemandem helfen, greifen sie andere an. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, das prägt ihre Aktionen.

Liebe Freunde,

Ausgangspunkt für die frechen Dreistigkeiten der Nazis ist die Weigerung der staatlichen Instanzen, das Verbot der NPD voranzutreiben. Die NPD treibt es immer toller, Tarnlisten wie die BIA sind eine Verhöhnung der rechtlichen Ordnung. Die Verbrechen, die im Kontext derartiger Propaganda vorfallen, und die durch organisatorische Verflechtungen nachweisbar sind, reichen für ein Verbot voll aus.

Minister und Parteien, alle, die sich in dieser Situation weigern, erneut ein Verbotsverfahren gegen die NPD einzuleiten, werden zu Mitschuldigen. So wie ihre Spitzel in diesen Organisationen schon längst schuldige Verbrecher geworden sind. Das muss aufhören.

Die NPD und ihre Tarnlisten müssen verboten werden – das ist unser gemeinsames Ziel.“ ■

Die Bundeswehr arbeitet mit Verlagen zusammen, die rechtsextreme Propaganda verbreiten

BERLIN. Das Panzermuseum Munster, das laut Homepage eine „gemeinsame Einrichtung der Stadt Munster und des Ausbildungszentrums Munster der Bundeswehr“ ist, hat mehrfach Anzeigen im Naziblatt „Deutsche Militärzeitschrift“ geschaltet. Die Bundesregierung will dem Trägerverein nun „empfehlen“, dies zu unterlassen. Weitere Konsequenzen zu ziehen, weist sie jedoch entschieden von sich.

Schwerer noch wiegt die Kooperation mit der Mönch-Verlagsgruppe, die vielfache Verflechtungen ins rechtsextreme Spektrum unterhält. So hat der zugehörige Bernard & Graefe-Verlag alleine von Januar 2005 bis Dezember 2006 mit zehn Anzeigen zur Finanzierung der DMZ beigetragen, wie aus einer Auflistung der In- →

Gegen Überwachungsstaat und Republikanerkongress

Rosenheim (re) Rund 300 Menschen beteiligten sich am Samstag an einer Demonstration gegen Überwachungsstaat und gegen das neue bayerische Versammlungsgesetz. Anschließend protestierte ein Großteil der Demonstrant_innen gegen den Europakongress der rassistischen und geschichtsrevisionistischen Partei „Die Republikaner".

Als „großen Erfolg" werten die Veranstalter_innen die Demonstration am vergangenen Samstag. Ursprünglich rechnete das Bündnis aus Attac, Infogruppe Rosenheim, Die Linke und Gewerkschaften mit 100 TeilnehmerInnen, „dass sich dreimal so viele Menschen an den Protesten beteiligten, zeigt wie stark die Ablehnung der überwachungsstaatlichen Maßnahmen in der Bevölkerung ist" so Michael Kurz von der Infogruppe Rosenheim. Zweieinhalb Stunden zog der bunt gemischte Demonstrationszug durch Rosenheim. Es beteiligten sich Menschen aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen und den verschiedensten Generationen an der lautstarken Demonstration. Vor zahlreichen symbolischen Orten, welche nach Meinung der Protestierenden stellvertretend für den zunehmenden Überwachungswahn stehen, fanden Kundgebungen statt. Insgesamt gab es 10 Kundgebungen, neben den Bürgerbüros der Bundestagsabgeordneten von SPD und CSU auch vor der ARGE. Hier kritisierte Helmut Türk-Berkhan von attac die zum Teil schikanöse Behandlung und Überwachung von HARTZ IV EmpfängerInnen. Am Bahnhof sprach sich ein Redner der Infogruppe Rosenheim gegen die Privatisierung des öffentlichen Raums und den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten aus, des weiteren wurde die Schleierfahndung indirekt als „staatlicher Rassismus" bezeichnet. Vor einem Handyladen, informierte Michael Pertl von der ver.di Jugend über die Ausmaße der Telefonüberwachung. Auf der Abschlusskundgebung wurden die undemokratischen und skandalösen Ausmaße des geplanten bayerischen Versammlungsgesetzes durch Wigbert Dehler von den Grünen und dem ver.di Ortsvereinsvorsitzenden Hans-Otto Schmeing dargestellt und kritisiert.

Im Anschluss protestierte ein Großteil der Demonstrant_innen gegen den Republikanerkongress. Auf der antifaschistischen Kundgebung wurde das Vorgehen der Stadt und des Kultur- und Kongresszentrums scharf angegriffen. Die Stadt Rosenheim, in der die Republikaner bei den letzten Kommunalwahlen 6,6 % der Stimmen erhielten, wurde sogar als „Rassistenhochburg" bezeichnet. Es sei skandalös, dass die rassistischen und geschichtsrevisionistischen Republikaner als fast normale Partei war genommen werden, hieß es dort. Grundsätzlich sei es zu begrüßen, dass sich die Stadtratsfraktionen gegen die NPD aussprechen. Eine Resolution gegen Extremismus, die so schwammig formuliert ist, dass sie sogar von den fremdenfeindlichen Republikaner unterzeichnet wurde, schade einem konsequenten Handeln gegen rechts, da sie die menschenfeindlichen Republikaner als ganz gewöhnliche Partei erscheinen lasse. Im Laufe der Kundgebung wurden zum einen die extrem rechten Inhalte der Republikaner ausführlich dargestellt, zum anderen wurde über die zahlreichen weiteren rechten und neonazistischen Gruppen, Organisationen und Aktionen im Großraum Rosenheim informiert.

Insgesamt zogen die Veranstalter ein positives Resume der Aktionen vom vergangenen Samstag. Kritisiert wurde jedoch das Vorgehen der USK-Einheiten. Diese hätten die GegendemonstrantInnen unnötig provoziert und angegriffen. Mindestens ein Gegendemonstrant musste nach einem USK-Übergriff im Krankenhaus ärztlich behandelt werden.

Infogruppe Rosenheim ■

Fortsetzung von Seite 5

formationsstelle Militarisierung hervorgeht. Die Bundesregierung behauptet zwar: „Eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und der Mönch-Verlagsgruppe findet nicht statt". Tatsache ist aber, dass die Mönch-Gruppe die Zeitschrift „wehrtechnik" herausgibt, in deren Redaktionsbeirat sämtliche Stabsabteilungsleiter der Teilstreitkräfte sowie etliche andere Militärs und der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Thomas Kossendey sitzen.

Andere Publikationen der Mönch-Gruppe lassen ebenfalls kaum Zweifel daran aufkommen, welches Klientel da angesprochen wird. So werden die „Erinnerungen" des Kriegsverbrechers und Hitler-Nachfolgers Karl Dönitz herausgegeben, ebenso wie die „Verlorenen Siege" des Nazi-Generals Erich von Manstein.

Wieder einmal zeigt sich, wie erfolgreich Rechtsextremisten versuchen, in die sogenannte Mitte der Gesellschaft einzudringen. Die Bundeswehr muss die Kooperation mit den genannten Verlagen sofort einstellen. Sonst können sich Neonazis in der Truppe regelrecht ermutigt fühlen. (Drs. 16/9292)

Ulla Jelpke, MdB ■

Straßenbenennung nach Wuppertaler WiderstandskämpferInnen verhindert!

WUPPERTAL. Ausgerechnet im Vorfeld der Gedenkveranstaltungen zum 75. Jahrestag der Eröffnung des Konzentrationslagers Kemna hat der Bezirksbürgermeister von Wuppertal-Elberfeld eine Straßenbenennung nach den jüdischen Widerstandskämpfern Rita und Yzchok Gerszt (vorerst) verhindert. Die Begründung ist nicht nur skandalös, sondern auch im höchsten Maße peinlich. Wir bitten daher um öffentliche Unterstützung für ein würdiges Umgehen mit den Opfern des Nationalsozialismus nicht nur in Wuppertal.

Unterstützungsunterschriften bitte an info@wuppertaler-widerstand.de ■

Staatsanwaltschaft setzt ihren absurden Feldzug gegen linke und alternative Jugendliche fort

STUTTGART. Seit dem Sommer des Jahres 2006 hatte die Staatsanwaltschaft Stuttgart auf sich aufmerksam gemacht, indem sie eine regelrechte Hetzjagd gegen junge AntifaschistInnen veranstaltete, die antifaschistische Symbole wie zerschlagene

und durchgestrichene Hakenkreuze trugen. Die absurde Begründung fanden sie ausgerechnet in § 86 StGB, der das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole unter Strafe stellt.

Der Bundesgerichtshof hatte die Politik der Staatsanwaltschaft in mehr als deutlichen Worten gerügt und festgestellt, dass alle inkriminierten Symbole in „offenkundiger und eindeutiger Weise“ die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus zum Ausdruck brächten. Die Verfolgung linker Jugendlicher ausgerechnet mit strafrechtlichen Mitteln, die eigentlich der Bekämpfung des Neonazismus dienen sollten, schien damit endgültig gestoppt.

Im Juni dieses Jahres stellte die Staatsanwaltschaft Stuttgart nun unter Beweis, dass sie nicht bereit ist, von ihrem Feindbild und ihrem absurden Rechtsverständnis abzulassen. Am 5. Juli verhandelte das Amtsgericht gegen einen Punker, dem vorgeworfen wird, auf einer Kappe den Schriftzug der Punk-Band „Schleimkeim“ getragen zu haben. Das S in diesem Schriftzug erinnere in seiner gezackten Schreibweise an die „Sigrune“ der SS. Ähnliche Schreibweisen finden sich bei bekannten Bands wie „Kiss“ oder „Slayer“. Zusätzlich wurde ihm von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, mit einem Fanpullover des FC St. Pauli bekleidet gewesen zu sein, auf dem die Staatsanwaltschaft einen SS-Totenkopf zu erkennen meinte. Auch dieses Motiv findet sich – meist eher mit einer Piratenflagge assoziiert – in jedem großen Modekaufhaus. Von einem Engagement der Staatsanwaltschaft in diesen Fällen ist bislang nichts bekannt.

Die Rote Hilfe protestiert gegen diese erneuten aberwitzigen Kriminalisierungsversuche der Staatsanwaltschaft Stuttgart.

Mathias Krause für den Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. ■

Newsletter – Newsletter – Newsletter – Newsletter – Newsletter

DIE LINKE. –

Bundesarbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus

Der Newsletter der Bundesarbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismismus der Partei DIE LINKE. verfolgt Gerichtsentscheidungen gegen Neonazis sehr genau. Wir dokumentieren:

Fast ein Jahr nach dem brutalen Überfall auf eine **Theatergruppe in Halberstadt** (fünf schwer Verletzte) wurden jetzt drei Angeklagte aus der rechtsextremen Szene freigesprochen. Ein vierter wurde zu zwei Jahren Haft wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Er hatte als einziger gestanden, die Schauspieler am 9. Juni 2007 angegriffen und einen von ihnen geschlagen zu haben. Das Amtsgericht Halberstadt, das in Magdeburg verhandelte, sah als erwiesen an, dass er mindestens drei Ensemblemitglieder attackiert hatte. Nach zahlreichen Fehlern und Pannen bei den Ermittlungen konnte den Mitangeklagten keine Tatbeteiligung nachgewiesen werden.

Der Prozess um die **Nazibande „Sturm 34“** aus Mittweida vor dem Dresdener Landgericht sorgt weiter für Schlagzeilen. Zunehmend gerät nicht nur die kriminelle Vereinigung, die in der Region Gewalt und Angst verbreitete, ins Visier, sondern auch die NPD. Deren Kader sollen im Hintergrund die Fäden gezogen haben und waren wohl teilweise auch Mitglieder der Bande. Inzwischen fordern nicht nur die Abgeordneten der Linkspartei und der Grünen im Landtag restlose Aufklärung, auch CDU-Abgeordnete sind jetzt sensibilisiert, in welche Dimensionen die Ermittlungen noch vorstoßen können. Nach den zahlreichen Verfahrensfehlern vor dem Chemnitzer Amtsgericht, in dem dort zunächst gegen den Anführer Tom Woost eröffneten Verfahren, drohen nun weitere Verschleppungen in Dresden, wo ein Richterspruch nicht mehr vor Juli erwartet wird.

Die Staatsanwaltschaft Dresden hat jetzt Anklage gegen sechs Aktivisten der rechtsextremen Gruppierung **„Blood and Honour“** erhoben, denen vorgeworfen wird, die seit 2006 verbotene Organisation in bestimmten Strukturen fortgeführt zu haben.

Das Oberlandesgericht München hat einen Antrag des **Neonazis Martin Wiese** auf vorzeitige Haftentlassung abgelehnt. Der ehemalige Rädelsführer in der Münchener „Kameradschaft Süd“ war 2005 unter anderem wegen Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren verurteilt worden. (Vorbereitung eines Sprengstoffanschlages auf die Grundsteinlegung des Jüdischen Gemeindezentrums am 9. November 2003 in München). Nach Einschätzung des OLG sei Wieses Einstellung nach wie vor von nationalsozialistischem Gedankengut geprägt, weshalb eine Aussetzung der Strafe nach zwei Dritteln zur Bewährung nicht infrage käme und „unter Berücksichtigung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit“ nicht zu verantworten wäre. ■

„Rock gegen Rechts“ mit sieben Bands in Mannheim

MANNHEIM. Farbe bekennen, Position beziehen, Zeichen setzen gegen rechtsextreme Gewalt und Intoleranz – am besten in aller Öffentlichkeit. Genau das haben sich am 20. Juni sieben Bands aus der Region zu Herzen genommen und die Zuschauer und Organisatoren von „Rock gegen Rechts Rhein-Neckar“ mit ihrer Musik auf dem Alten Meßplatz begeistert.

Der Stadtjugendring Ludwigshafen hat mit Unterstützung des Stadtjugendrings Mannheim und einem Organisationsteam aus Mitgliedern von Jugendverbänden und Jugendorganisationen wie Solid und den Jusos zum dritten Mal den Aktionstag auf die Beine gestellt. „Damit bekennen wir uns klar zu den Grundwerten der deutschen Verfassung und gegen Rechtsextremismus und Gewalt“, sagt Kerstin Bartels vom Ludwigshafener Stadtjugendring. Schirmherren sind in diesem Jahr die beiden Oberbürgermeister der Partnerstädte Dr. Eva Lohse und Dr. Peter Kurz.

aus Kommunal-Info Mannheim ■

Widerstand gegen geplanten Rassistenkongress in Köln nimmt zu

Gegen den für den 19. und 20.9. von „pro Köln" angekündigten rassistischen „Anti-Islamisierungs-Kongress" verstärkt sich der Widerstand. Unter der Überschrift „Wir stellen uns quer: Europäische Rassisten haben in Köln keinen Platz!" (Aufruf 2) rufen weit mehr als 200 Personen und Organisationen dazu auf, die rechte Provokation nicht tatenlos hinzunehmen.

Die Unterzeichner(innen) kündigen an, am 19. und 20. September präsent zu sein und fordern Oberbürgermeister Schramma und Polizeipräsident Steffenhagen auf, „alles ihnen Mögliche zu unternehmen, damit die Hetzveranstaltung nicht stattfinden kann". Den Aufruf unterstützen führende Vertreter(innen) der Gewerkschaften, von SPD, den Grünen, der LINKEN sowie die Kölner DKP; dazu kommen u.a. der Bezirksvorsitzende der CDA (Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft), die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung KAB, die Vorsitzende des Katholikenauschusses Köln sowie eine große Anzahl von Betriebs- und Personalrät(inn)en Kölner Betriebe.

Einen politischen Eiertanz führte in diesem Zusammenhang die Kölner CDU auf: Einerseits war sie offenbar nicht bereit, den Aufruf, dessen Erstunterzeichner(innen) neben dem Regionsvorsitzenden des DGB Wolfgang Uellenberg van Dawen, dem ver.di-Bezirksvorsitzenden Peter Densborn und der Betriebsratsvorsitzenden der Köelnmesse-Gruppe Claudia Woermann-Adam auch Jörg Detjen (Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Kölner Rat) sowie der Vorsitzende der Kölner VVN/BdA Peter Trinogga sind, zu unterzeichen.

Andererseits konnte sie inhaltlich aber nicht abseits stehen bleiben, weil eine solche Haltung, geboren aus dem Ungeist des Antikommunismus, eine Unterstützung der rechten Hetzer gewesen wäre. Sie verfasste daher eine eigene Erklärung, deren Wortlaut mit dem Aufruf weitestgehend identisch ist und ergänzte sie um einen Satz, in dem sie sich auch gegen „Linksextremismus" ausspricht. Man darf neugierig sein, wie die Vertreter(innen) der Kölner CDU diesen politischen Spagat im September deutlich machen – vermutlich werden sie bei den Protesten fehlen.

Auch der Aufruf, in dem dazu aufgerufen wird, den geplanten Rassistenkongress zu blockieren, *(Aufruf 1)* gewinnt immer mehr Unterstützer(innen), darunter nicht wenige Personen, die beide Aufrufe unterstützen. Diese Doppelunterschriften machen deutlich, dass die beiden Aufrufe nicht gegeneinander stehen, sondern sich ergänzen.

Ziel ist es, möglichst viele Menschen mit ihren unterschiedlichen politischen Ausdrucksformen dafür zu gewinnen, dem europäischen Rechtstreffen aktiven Widerstand entgegen zu setzen. Dabei wird eine Form die Blockade sein, eine andere die Teilnahme an einer Kundgebung des DGB, die zeitgleich und in unmittelbarer Nachbarschaft zum angekündigten Kongress stattfinden soll. Auch der Kölner Stadtrat und der Oberbürgermeister haben angekündigt sich quer zu stellen *(Aufruf 3)*. Der Oberbürgermeister erklärte die Redner der Konferenz zu „unerwünschten Personen" in Köln.

Über den Ort der pro Köln-Veranstaltung konnte bis Redaktionsschluss nur spekuliert werden. Eine pro Köln-Erklärung, der Kongress finde, wie vollmundig angekündigt, auf dem Roncalliplatz statt, wurde von der Kölner Polizei umgehend dementiert: Bisher habe es lediglich ein erstes Kooperationsgespräch (das routinemäßig vor allen geplanten Großveranstaltungen stattfindet) gegeben – über einen Platz sei dabei noch nicht entschieden worden. Auch personell scheint pro Köln sich übernommen zu haben, kündigt die Rechtsgruppierung doch eine breite logistische Unterstützung durch die belgischen Faschisten vom Vlaams Belang an. Diese personelle Unterstützung ist einerseits ein Eingeständnis von Personalproblemen – andererseits zeigt sie noch einmal, wie tief die „Bürgerbewegung" pro Köln, die sich nach außen hin gerne seriös und bürgerfreundlich gibt, in ein braunes europäisches Netzwerk eingebunden ist. Umso notweniger wird der sich entwickelnde breite Widerstand gegen die geplante Zusammenrottung sein. *tri* ■

DOKUMENTIERT:

1. Bündnis gegen Pro Köln/Pro NRW: Internationalen RassistInnen-Kongress verhindern!

Vom 19. bis zum 21. September 2008 wollen RassistInnen und NeofaschistInnen aus ganz Europa in Köln einen so genannten „Anti-Islamisierungs-Kongress" durchführen. Auf Einladung der selbsternannten „Bürgerbewegung pro Köln" wollen bis zu 1000 Rechte verschiedenster Couleur (vom klassischen Neonazi bis hin zu Rechtskonservativen) unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Islamkritik ihre Propaganda gegen Menschen anderer Herkunft und Religion verbreiten.

„Pro Köln" ist eine extrem rechte Organisation, die seit Jahren in Köln und auch überregional rassistische Politik betreibt. Viele FunktionärInnen und Mitglieder von „pro Köln" kommen aus neonazistischen Parteien und Gruppierungen wie etwa der NPD, den „Republikanern" und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat". In letzter Zeit hetzte „pro Köln" vorrangig gegen den Bau einer Moschee in Köln-Ehrenfeld und ging mit rassistischer und extrem rechter Propaganda auf Wählerfang.

Für den Kongress im September haben sich unter anderem VertreterInnen extrem rechter Parteien aus Österreich (FPÖ), Belgien (Vlaams Belang), Italien (Lega Nord), den USA (Robert Taft Group), Großbritannien (British National Party), Spanien und Ungarn angesagt. Außerdem soll der international bekannte Vorsitzende des extrem rechten Front National (FN), Jean Marie Le Pen,

GEGEN RECHTSRAD

Köln stellt sic

Beim DGB trafen sich gestern Vertreter aus Politik, Gewerkschaften und Kirchen zur Unterzeichnung der Aktion „Wir stellen uns quer"

DGB

Von INES RAKOCZY

Köln – **Wird diese Aktion ein neues „Arsch huh, Zäng ussenander"? So wie es BAP-Chef Wolfgang Nideggen im BILD-Interview gefordert hat . . .**

Der sogenannte „Anti-Islam-Kongress" der rechten Bürgerbewegung „pro Köln" mobilisiert Politiker, Kirchenvertreter, Gewerkschafter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer

- sie alle sagen: „W
uns quer".

Angeführt von D
Wolfgang Uellenber
wen und 350 Erstu
nern ist gestern ei
schriftenaktion gesta
heißt es: „Wir forder
Polizeipräsident auf,
nen Mögliche zu unte
damit die Hetzvera
nicht stattfinden kann
will mit europäische
ten hier die Macht a

anlässlich des Kongresses in Deutschland auftreten. Mit ihrem europaweiten Hetzkongress verfolgen die altgedienten NeofaschistInnen von „pro Köln“ zwei Ziele: Erstens soll die Zusammenarbeit extrem rechter Parteien aus ganz Europa ausgebaut werden. Zweitens will „pro Köln“ mit dieser Großveranstaltung den Wahlkampf für die NRW-Kommunalwahlen 2009 eröffnen.

Wir werden weder ein solches internationales rassistisches Treffen dulden, noch zulassen, dass „pro Köln/pro NRW“ im Kommunalwahlkampf ungestört ihre rassistische Propaganda betreiben kann. Daher rufen wir dazu auf, diesen Kongress zu verhindern!

Dies kann uns nur gelingen, wenn an diesen Tagen möglichst viele Menschen gemeinsam den Veranstaltungsort blockieren und den Rechten den Durchgang versperren. Bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Ansichten verbindet uns dieses Ziel. Wir werden ihnen dabei unsere Entschlossenheit entgegensetzen und durch unsere Gemeinsamkeiten und Vielfalt unberechenbar sein. Mit dem Mittel des zivilen Ungehorsams werden wir „pro Köln“ und Gefolge in die Schranken weisen.

Beteiligt euch an Massenblockaden rund um den Kongressort! Sie kommen nicht durch!

2. Wir stellen uns quer: Europäische Rassisten haben in Köln keinen Platz!

Unter dem Titel „Nein zur Islamisierung – Nein zur Kölner Großmoschee“ will die extrem rechte „Bürgerbewegung pro Köln“ am 19. und 20. September 2008 einen internationalen Kongress in unserer Stadt durchführen. Ursprünglich sollte auch der verurteilte Holocaust- Leugner Nick Griffin auf dem Kongress reden. Nun sprechen neben dem Vorsitzenden der französischen Front National Jean Marie Le Pen weitere rechtsextreme Redner aus Europa. Die angekündigten Referenten und die Veranstalter wollen mit ihrer rassistischen Hetze, die sich (nicht nur) gegen hier lebende Muslime richtet, den Kommunal- und Europawahlkampf vorbereiten. Wir rufen dazu auf, dies nicht tatenlos hinzunehmen – der angekündigte Rassistenkongress darf nicht stattfinden: Wir stellen uns quer gegen Rassisten, Neonazis und international angekündigte Holocaust-Leugner. Wir werden am 19. und 20. September präsent sein, denn Köln ist bunt, nicht braun – und das soll auch so bleiben!

DIKALE
h quer!
ir stellen
GB-Chef
-van Da-
lerzeich-
e Unter-
tet. Darin
n OB und
alles ih-
rnehmen,
staltung
Pro Köln
n Rassis-
streben.
Wir wollen nicht, dass sie mit hassverzerrtem Gesicht vorm Dom stehen und unsere Stadt für ihre Ziele missbrauchen."
Der Vorsitzende der christlich-jüdischen Gemeinde, Dr. Jürgen Wilhelm: „Die Gerichte haben alle Argumente, die Veranstaltung zu verbieten." Wilhelm hofft, dass sich zu einer Gegendemo am 19. September 40.000 Menschen einfinden. Mehr: www.dgb-koeln-region.de

Wir fordern Oberbürgermeister Schramma und den Polizeipräsidenten Steffenhagen auf, alles ihnen Mögliche zu unternehmen, damit die Hetzveranstaltung nicht stattfinden kann.

Köln ist dem Städtebündnis gegen Rassismus beigetreten, deshalb betrachten wir es als unsere Pflicht, aktiv zu werden. Wir treten für ein friedliches Miteinander ein.

D.h. aber auch, dass wir uns schützend vor Kölnerinnen und Kölner stellen, die diskriminiert und diffamiert werden sollen. Wir treten ein für Toleranz, Achtung und für einen interkulturellen und interreligiösen Dialog.

Gemeinsam sind wir Köln!

3. Ratsbeschluss von CDU, SPD, Grüne, FDP, DIE LINKE. zwei Einzelmandatsträger und der Oberbürgermeister

Der Rat der Stadt Köln nimmt mit Bestürzung und Sorge zur Kenntnis, dass rechtsextreme Kräfte unter dem Titel „Nein zur Islamisierung – Nein zur Kölner Großmoschee“ am 19. und 20. September 2008 einen „internationalen Kongress“ in Köln veranstalten wollen, an dem u.a. auch führende Personen der rechtsextremen Szene aus Frankreich, Großbritannien und Belgien teilnehmen sollen. Die Veranstalter und angekündigte Referenten sind bekannt dafür, dass sie öffentlich rassistische Propaganda verbreiten, die sich nicht nur gegen hier lebende Muslime richtet.

Der Rat der Stadt Köln begrüßt daher die Initiative demokratischer Kräfte, die sich unter dem Aufruf „Wir stellen uns quer: Europäische Rassisten haben in Köln keinen Platz! Gemeinsam sind wir Köln!“ versammeln.

Die Stadt Köln gehört dem Städtebündnis gegen Rassismus an und wird daher nicht tatenlos zusehen, dass Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt diskriminiert und diffamiert werden.

Rat und Verwaltung setzen sich dafür ein, dass ein diskriminierungsfreies, friedliches, tolerantes und die Religionsfreiheit achtendes Zusammenleben in unserer Stadt gewahrt bleibt.

Der Rat unterstützt Verwaltung und Polizeibehörden darin, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die dazu beitragen, dass diese Veranstaltung in Köln unterbleibt. Die Stadt Köln und stadtbeteiligte Unternehmen werden im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Die privaten Vermieter von Veranstaltungsräumlichkeiten fordert der Rat auf, ebenso zu verfahren.

4. Aus der Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE.de

Frage 5: Es ist juristisch möglich, Einreiseverbote gegen bestimmte Personen auszusprechen. So erhielt vor Jahren der britische Rechtsextremist David Irving ein Einreiseverbot. Der russische Neonazi Wladimir Schirinowski konnte 2004 nicht in der Köln-Arena auftreten. Nach Protesten der damaligen PDS-Gruppe wurde Schirinowski zur unerwünschten Person erklärt. Plant die Stadt Köln ein Auftrittsverbot bzw. die Bundesrepublik Deutschland ein Einreiseverbot von Rednern, die den Holocaust leugnen oder wegen rassistischer Äußerungen verurteilt wurden?

Antwort der Verwaltung

...Die Einreise oder der Aufenthalt können aufgrund der europarechtlich gewährleisteten Freizügigkeit nur unter sehr engen Voraussetzungen abgelehnt werden. ... Es muss eine tatsächliche und hinreichend schwere Gefährdung vorliegen, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt. Wirtschaftliche Erwägungen dürfen nicht angestellt werden und eine strafrechtliche Verurteilung allein genügt nicht. Ausreichend sind vielmehr nur Gründe für eine gegenwärtige Gefährdung, die auf einem persönlichen Verhalten beruht.

... Für die Frage, ob von einem Unionsbürger eine relevante Gefährdung ausgeht, ist auch danach zu fragen, in welcher Weise der Aufenthaltsmitgliedstaat in Fällen dieser Art gegen eigene Staatsangehörige vorgeht. Gehen seine repressiven Maßnahmen nicht über Geldstrafen oder Freiheitsstrafen auf Bewährung hinaus, ist damit belegt, dass es insoweit nicht ein wichtiges Gemeinschaftsgut zu schützen gilt. Daher genügt grundsätzlich eine Verurteilung zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe nicht für die Prognose einer hinreichend schweren Gefährdung. Wenn einerseits öffentliches Interessen nicht gegen die Erprobung eines Lebens in Freiheit sprechen, kann andererseits nicht festgestellt werden, dass dies die öffentliche Ordnung hinreichend schwer gefährdet.

Vor diesem Hintergrund genügen die unter Ziffer 1 und 2 dargestellten Verurteilungen von Nick Griffin 1998 (10 Jahre zurückliegende Bewährungsstrafe) sowie von Jean-Marie Le Pen (noch ältere Verurteilung, nur Geldstrafe) nicht, um eine gegenwärtige schwerwiegende Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung als Grundlage für ein Einreiseverbot zu begründen. ■

Maulkorb für Flüchtlinge; ZDF darf nur handverlesene Interviews führen

MÜNCHEN. Die Regierung von Oberbayern will nur ausgesuchte BewohnerInnen des Flüchtlingslagers in der Waldmeisterstraße zu Wort kommen lassen und verweigert dem Bayerischen Flüchtlingsrat den Zutritt.

Am Mittwoch, den 10.6.2008, besucht ein Fernsehteam des ZDF die beiden Münchner Flüchtlingslager im Dreilingsweg und der Waldmeisterstraße. Alexander Thal, Mitarbeiter des Bayerischen Flüchtlingsrats wurde von einigen BewohnerInnen der Waldmeisterstraße gebeten, als Vertrauensperson zu diesem Termin zu kommen und ihnen beizustehen, wenn sie über ihre unerträgliche Lebenssituation im Lager berichten.

Die Regierung von Oberbayern hat dies untersagt. Ihr Pressesprecher, Heinrich Schuster, äußerte am 10.06.2008 gegenüber dem Bayerischen Flüchtlingsrat, in der Hausverwaltung tätige Angestellte der Regierung von Oberbayern hätten eine Familie ausgesucht, die dem Fernsehteam ein Interview geben und die Situation im Lager erläutern wolle. Weitere InterviewpartnerInnen seien deshalb nicht vorgesehen und auch nicht vonnöten. Zudem wolle er verhindern, dass die Situation aufgebauscht werde, er fürchte sonst einen „Zoo-Effekt“, den viele BewohnerInnen nicht wünschten.

Es stellt sich die Frage, was die Regierung von Oberbayern zu verbergen hat. Tobias Klaus, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats kritisiert:

„Die Regierung von Oberbayern hat vor dem ZDF-Besuch versucht, das Lager in der Waldmeisterstraße unter Hochdruck fernsehtauglich zu renovieren. Offenbar will sie nun ungestört dieses Potemkinsche Dorf präsentieren, ohne dass kritische Stimmen der BewohnerInnen zu Wort kommen.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen die Behinderung der BewohnerInnen, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen, und die Aussperrung einer Vertrauensperson des Bayerischen Flüchtlingsrats.“

Quelle: PM Flüchtlingsrat Bayern v. 10.06.08 ■

Irak: Deutschland soll Flüchtlinge aufnehmen

BERLIN. „4,7 Millionen Iraker sind auf der Flucht. Die zunehmend verzweifelte Lage vieler dieser Flüchtlinge schildert der jüngste Bericht von Amnesty International. Die Organisation fordert Deutschland auf, seinen Beitrag zum Schutz der am härtesten Betroffenen zu leisten und einen Teil der Flüchtlinge aufzunehmen.

„Syrien allein hat etwa eine Million irakische Flüchtlinge aufgenommen. Doch ihre Lebensbedingungen verschlechtern sich zusehends. Immer mehr sind auf Lebensmittelhilfe angewiesen“, sagt Ruth Jüttner, Irak-Expertin der Organisation. „Es ist überfällig, dass Länder wie Deutschland, die über mehr Ressourcen verfügen, ihren Beitrag zur Lösung der Flüchtlingskrise leisten.“

Amnesty International begrüßt, dass die deutschen Bundesländer sich im April grundsätzlich bereit erklärt haben, Flüchtlinge aus dem Irak aufzunehmen. „Jetzt müssen der Ankündigung Taten folgen“, so Jüttner. „Deutschland sollte nicht auf eine EU-weite Regelung warten.“ Die Innenminister der EU hatten auf ihrem Treffen am 5. Juni über die Aufnahme irakischer Flüchtlinge diskutiert, waren aber zu keinem greifbaren Ergebnis gekommen.

2,7 Millionen Iraker sind innerhalb des eigenen Landes auf der Flucht. Zwei Millionen haben in den Nachbarländern, vor allem in Syrien und Jordanien, Zuflucht gefunden. Doch beide Staaten versuchen inzwischen, weiteren Zuzug zu stoppen. In den Ländern macht sich eine feindselige Stimmung gegen die Flüchtlinge breit. Sie erhalten keine Arbeitserlaubnis, und ihre Kinder besuchen oft keine Schule, weil sie zum Unterhalt der Familie beitragen müssen. Dem UN-Flüchtlingshilfswerk fällt es zunehmend schwer, genügend Nahrung und die notwendigsten Medikamente bereitzustellen.

Bisher haben die EU-Länder wenig zum Schutz der irakischen Flüchtlinge beigetragen. Im Gegenteil: Einige Länder haben begonnen, Menschen in den Irak abzuschieben oder Druckmittel einzusetzen, um sie zur Rückkehr zu bewegen. „Der Irak ist immer noch eines der gefährlichsten Länder weltweit“, stellt Jüttner fest. „Statt Menschen in den Irak zurückzuschicken, müssen die europäischen Staaten endlich ihre internationalen Verpflichtungen zum Flüchtlingsschutz ernst nehmen.“

Amnesty International fordert von den EU-Staaten, auf Abschiebungen in den Irak zu verzichten, die Nachbarländer und die internationalen Organisationen bei der Versorgung der Flüchtlinge zu unterstützen und selbst irakische Flüchtlinge dauerhaft aufzunehmen.

Einige EU-Staaten haben bereits im Rahmen bestehender Aufnahmeprogramme irakischen Flüchtlingen eine sichere Zuflucht geboten. Deutschland hat bisher kein solches „Resettlement“-Programm. Amnesty International drängt die Regierungen von Bund und Ländern, daher nicht nur einmalig irakische Flüchtlinge ins Land zu lassen. Vielmehr soll sich auch die Bundesrepublik in einem solchen Programm verpflichten, jährlich eine nennenswerte Zahl schutzbedürftiger Menschen aufzunehmen.

Der Bericht „Rhetoric and reality: the Iraqi refugee crisis“, kann über die Amnesty-Pressestelle bezogen werden oder unter www.amnesty.org heruntergeladen werden.

Quelle: Amnesty International Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V. ■

Aktion für Gazale am 5. Juli (Tag der Niedersachsen)

HANNOVER. Gazale Salame wurde vor zweieinhalb Jahren schwanger und mit ihrem Baby in die Türkei abgeschoben. Seitdem hat sie ihren Mann Ahmed und ihre beiden Töchter Nura (9) und Amina (10) nicht mehr gesehen.

Obwohl diese unmenschliche Politik in der Presse und von zahlreichen Initiativen durchgehend kritisiert wurde, halten der Landkreis Hildesheim und Innenminister Uwe Schünemann unbeirrt und rücksichtslos an ihrer Entscheidung fest.

In einer Mail ruft der Niedersächsische Flüchtlingsrat zu einer Aktion für Gazale Salame auf.

„Liebe Freundinnen und Freunde,

die Unterstützergruppe für Gazale in Hildesheim und Campact bitten euch, am 5. Juli eine Aktion für Gazale Salame in Winsen mit uns durchzuführen: Am 5. Juli 2008 ist in Winsen „Tag der Niedersachsen“. Ministerpräsident Wulff wird um 11 Uhr die Veranstaltung eröffnen und sich danach auf der Festmeile in der Kreisstadt aufhalten. Unter anderem wird er Ehrungen im Rahmen des Projekts „do the right thing“ vornehmen, bei dem die Stadt Winsen jugendliche Vorbilder für ihr Engagement auszeichnet.

Wir haben uns überlegt, dass dies ein guter Anlass wäre, auf das Schicksal von Gazale Salame und ihrer Familie hinzuweisen:

- Dem Ministerpräsidenten wollen wir die insgesamt rund 22.500 Unterschriften der Campact-Aktion für Gazale Salame mit der Forderung „Holt Gazale Salame zurück nach Hause!“ übergeben (siehe http://www.campact.de/bleibe/ml1/mailer).
- Es sollen 50 T-Shirts mit der Aufschrift „Gazale ist Niedersächsin“ hergestellt und getragen werden.
- Überlegt wurde, Ballons mit Gas zu füllen und diese mit einer Postkarte für Gazale nach Niedersachsen (und in die Welt) zu schicken“.

Quelle: flucht@nds-fluerat.org ■

Meuterei der Verzweifelten

Infolge einer Revolte der dort gefangenen „unerwünschten Einwander" brannte eine Abschiebehaftanstalt in Vincennes, vor den Toren von Paris bis auf die Grundmauern nieder. Dieses Ereignis vom vergangenen Sonntag gibt seit Tagen Anlass zu einer heftigen innenpolitischen Polemik in Frankreich. Eine in der vergangenen Woche verabschiedete Richtlinie der Europäischen Union sieht unterdessen eine unionsweite Tendenz zur Vereinheitlichung der Abschiebepraktiken vor. Könnte es morgen in der ganzen EU zu Aufständen von Verzweifelten kommen, die meinen, „nichts mehr zu verlieren zu haben"?

Eine „Häufung von Zwischenfällen solcher Art" vermutet der sozialdemokratische Minister, und frühere Minister für europäische Angelegenheiten, Pierre Moscovici für die nahe Zukunft. Der Ausdruck „Zwischenfälle solcher Art" bezeichnet Revolten, Meuterei und Aufstände in jenen Zentren, in denen „unerwünschte Einwanderer" aus anderen Weltgegenden festgehalten werden - um ihre Entfernung vom Staatsgebiet vorzubereiten. Eine Revolte, wie sie sich etwa am vergangenen Sonntag ereignete, als ein solches Zentrum im Bois de Vincennes – dem Stadtwald vor den Toren von Paris – bis auf die Grundmauern niederbrannte. Es brannte aus, weil die Insassen der Anstalten rebelliert und ihre Matratzen in Brand gesteckt hatten. Jetzt beschuldigen sich die Opposition, die darin eine Folge der harten Regierungspolitik gegen Zuwanderer sieht, und das konservative Regierungslager – aus dessen Reihen die Unterstützer der unerwünscht sich im Lande Aufhaltenden inzwischen als „quasi-terroristisch" bezeichnet worden sind (vgl. http://nantes.indymedia.org/attachments/jun2008/jeunesumpresf.mp3) - gegenseitig. Aber der Reihe nach.

Abschiebehaft: Freiheitsentzug, „aber keine Bestrafung"

Mangels eines besseren Ausdrucks werden solche Einrichtungen wie die jetzt abgebrannte im Folgenden als „Abschiebegefängnisse" bezeichnet. Dieser deutschsprachige Begriff entspricht nicht der französischen Bezeichnung – centre de rétention administrative, wörtlich „Zentrum der Verwaltung zum Festhalten (von Personen"). Das geltende französische Rechtsverständnis unterscheidet strikt zwischen Gefängnissen, in denen Verurteilte ihre von einem Gericht verhängte Strafe absitzen, einerseits und solchen „administrativen Verwahrungszentren" andererseits. Sitzen doch in letztgenannten Anstalten überwiegend Menschen, die sich nichts anderes haben zuschulden kommen lassen, als den „falschen" Ausweis zu besitzen und sich in einem Land aufzuhalten, dessen Behörden ihnen nicht das Recht dazu erteilen möchten. Obwohl das geltende französische Recht ihre – notfalls erzwungene – „Entfernung" (éloignement) vom Staatsgebiet als gesetzmäßig erachtet, betrachtet es dennoch die Periode, die zwischen dem Ergreifen einer „illegal" im Lande sich aufhaltenden Person und der Durchführung ihrer Abschiebung erforderlich ist, nicht als Haftzeit. Liegt diesem „Festhalten" doch kein Vergehen oder Verbrechen – und eine infolgedessen verhängte Strafe – zugrunde. Sondern lediglich die technische „Notwendigkeit", die Person eben einzusperren, damit sie sich ihrer „Entfernung" wider Willen nicht entzieht.

Kundgebung am Dienstag, 24. Juni vor dem ausgebrannten Abschiebegefängnis. Zu den Namen: Chunlan LIU war eine Chinesin (ohne gültige Aufenthaltspapiere in Frankreich), die im Herbst 2007 auf der Flucht vor der Polizei aus einem Fenster im ersten Stock floh. Dabei stürzte sie derart unglücklich, dass sie auf dem Trottoir im Pariser Stadtteil Belleville starb. John MAINA war ein 20jähriger keynianischer Staatsbürger, der in seinem Herkunftsland in Ostafrika als Jugendlicher der religiös-politischen, „neotraditionalistischen" Sekte der Mungiki angehört hatte. In Kenya musste er um sein Leben fürchten. In Frankreich wurde sein Asylantrag jedoch im Januar 2008 abgelehnt. Aus Verzweiflung erhängte sich der junge Langstreckenläufer in seinem Zimmer. Baba TRAORE war ein Staatsbürger des westafrikanischen Mali, der nach Frankreich gekommen war, um seiner schwer kranken Schwester eine Niere zu spenden. Er hielt sich dort jedoch ohne gültige Niederlassungspapiere auf. Ende März dieses Jahres versuchte er einer Polizeikontrolle zu entkommen, indem er voller Angst und Panik in den Marnefluss sprang und ertrank.

Dieses Rechtsverständnis überwog bislang auch in der Mehrzahl der EU-Länder. Umgekehrt wird der „Gewahrsam vor der Abschiebung" in einem Teil der deutschen Bundesländer sowie in Irland auch offiziell als „Abschiebehaft" bezeichnet und in – speziellen oder auch nicht spezialisierten – Gefängnissen zugebracht. (Vgl. http://fr.news.yahoo.com/ap/20080625/tpl-paris-retention-incendie-hortefeux-cfb2994.html)

In der Praxis bedeutet dies freilich für die Betroffenen in Frankreich unter Umständen auch, dass sie bestimmte Rechte, die per Gesetz den Strafgefangenen zuerkannt worden sind, nicht wahrnehmen dürfen – mit dem Argument, ihre „Verwahrung" sei eben keine Haft. Auf der anderen Seite ist die Periode, während derer eine Person in „Administrativverwahrung" festgehalten werden darf, bislang in Frankreich relativ kurz. Die geltende französische Gesetzgebung befristet sie auf 32 Tage. Aber dies könnte sich demnächst ändern. Wohl auch aus diesem Grunde, und aufgrund der starken Erhöhung der Zahl der durchgeführten Abschiebungen seit dem Amtsantritt von Präsident Nicolas Sarkozy, rechnen Oppositionspolitiker wie der oben zitierte Moscovici mit der zukünftigen Häufung von „Zwischenfällen".

EU-Richtlinie zur Angleichung: Anpassung an das härteste Rechtsverständnis...

Am Mittwoch, den 18. Juni 08 nahm das Europäische Parlament – nach monatelangem politischem Tauziehen zwischen den Fraktionen im Europaparlament, sowie zwischen ihnen und der Brüsseler Kommission – die so genannte „Rückkehr-Richtlinie" an. Es handelt sich dabei um einen Text, der eine tendenzielle Vereinheitlichung der Abschiebepraktiken für unerwünschte Einwanderer in den verschiedenen Mitgliedsländern der Union herbeiführen soll. Denn sowohl die Dauer der Abschiebehaft bzw. des „administrativen Festhaltens" ist in den unterschiedlichen EU-Staaten ausgesprochen unterschiedlich geregelt. Bei dem jetzt verabschiedeten Text handelt es sich zwar angeblich um eine „Kompromissfassung", nachdem Bürgerrechtsinitiativen, Solidaritätsvereinigungen und linke Gruppen monatelang gegen den Entwurf der EU-Kommission Sturm gelaufen waren. Und doch liegt ihm

eine Logik der Angleichung zwischen den Mitgliedsstaaten zugrunde, die - falls sie denn durchgeführt wird - zu einer Anpassung der übrigen Länder an jene mit dem härtesten Rechtsverständnis führen müsste.

...das deutsche

So definiert die neue europäische Richtlinie etwa eine zulässige Höchstdauer der Abschiebehaft bzw. des „administrativen Festhaltens“. Letztere beträgt nun, laut Richtlinie, 18 Monate. Das entspricht dem geltenden Rechtsstand in nur zwei EU-Ländern: in Deutschland sowie in Italien – dort aber erst seit kurzem, nämlich seit dem Amtsantritt der Berlusconi-Regierung. Zuvor hatte ihre Dauer in Italien noch einen Monat betragen.

In 16 Staaten der EU dagegen gelten derzeit noch Regelungen, die eine zulässige Höchstdauer unterhalb von 18 Monaten vorsehen. In Frankreich (mit 32 Tagen) sowie, bis vor kurzem, in Italien ist diese Dauer mit am kürzesten. Das in diesen Ländern herrschende Rechtsverständnis besagt, dass eine Person überhaupt nur in Abschiebehaft bzw. „Administrativverwahrung“ gehalten werden darf, um – möglichst schnell – ein geeignetes Transportmittel und (falls erforderlich) gültige Reisedokumente für ihre erzwungene Rückreise zu besorgen. Auf keinen Fall aber solle sich dieses Festhalten in einen Dauerzustand, eine Art Haft ohne zuvor begangenes Verbrechen, verwandeln.

Sieben EU-Staaten sahen bisher keine gesetzliche Begrenzung der Abschiebehaftdauer vor. Lediglich in diesen Ländern könnte die neue Richtlinie eventuell zu einer Verbesserung der Situation führen. Allerdings ist die neue Richtlinie für Großbritannien, als das wichtigste Land ohne gesetzliche Begrenzung dieser Dauer, nicht rechtsverbindlich. Denn ebenso wie Irland gehört es nicht dem seit 1995 geltenden „Schengener Abkommen“ über gemeinsame Grenzkontrollen an.

In allen anderen Ländern könnte die EU-Richtlinie dazu herhalten, die Situation erheblich zu verschärfen. Zwar dient diese offiziell lediglich dazu, „Mindeststandards“ zu definieren – hindert also einzelne Mitgliedsländer nicht daran, selbst bessere Rechtsstandards zu garantieren. Nur ist fraglich, ob deren Regierungen das noch wünschen, wo doch nunmehr ein europaweit definierter „Standard“ beschlossen worden ist. Das Beispiel Italien, wo die neue Rechts-Rechts-Regierung unter Silvio Berlusconi und den Rassisten von der Lega Nord in Blitzeseile die zulässige Höchstdauer der Abschiebehaft von einem Monat auf 18 Monate – den neuen „EU-Standard“ – angehoben hat, könnte Schule machen. Allerdings hat der „Einwanderungsminister“ der französischen Regierung, Brice Hortefeux, zu Anfang dieser Woche noch zugesagt, in seinem Lande werde es zu keiner Erhöhung der zulässigen Höchstdauer von derzeit 32 Tagen kommen. Doch ist fraglich, ob dies auch längerfristig so bleiben wird. Denn im Jahr 2003 hatte die regierende Rechte in Frankreich selbst diese gesetzlich zulässige Dauer auf zwei Monate anheben wollen – zuvor hatte sie noch zehn Tage betragen. Allerdings scheiterte sie damals noch am Widerstand des französischen Verfassungsgerichts. Letzteres könnte allerdings seine Position, mit Blick auf das geltende neue EU-Recht, möglicherweise ändern.

Proteste gegen die „Richtlinie der Schande”

Dass auch der als repressiv geltende französische Minister Hortefeux derzeit beim geltenden inländischen Recht bleiben möchte, hängt auch damit zusammen, dass er innenpolitisch mächtig unter Druck steht. In Frankreich existierte nämlich eine der stärksten Protestbewegungen gegen die Verabschiedung der neuen Richtlinie, die von Bürgerrechtsgruppen und Solidaritätsinitiativen allgemein nur als „Richtlinie der Schande“ (directive de la honte) bezeichnet wurde. (Vgl. http://eemnews.umc-europe.org/2008/juin/25-08.php)

Im Visier der Kritiker stand nicht nur die Anhebung der Höchstdauer der Abschiebehaft – die laut den Anhängern der „Kompromissfassung“ nur für die Fälle gelten soll, wo Schwierigkeiten bei der Organisierung der erzwungenen Rückreise auftauchen, „wenn die Person oder aber die Behörden ihres Herkunftslands nicht kooperieren“. Menschenrechtsvereinigungen kritisierten auch die durch die Richtlinie neu eingeführte Bestimmung, wonach einmal abgeschobene „unerwünschte Zuwanderer“ mit einem fünfjährigen Einreiseverbot in die gesamte EU belegt werden können. Zudem erlaubt die Richtlinie grundsätzlich auch, Kinder und Jugendliche in Abschiebehaft zu halten, und sieht nur schwammig formulierte Einschränkungen vor – wie die Bedingungen, ihre Verweildauer dort solle „so kurz wie möglich“ gehalten werden.

Nicht nur oppositionelle Gruppen in Europa protestierten gegen die Verabschiedung der neuen Richtlinie, sondern auch eine Reihe ausländischer Regierungen. Am lautstarksten meldeten sich die lateinamerikanischen Regierenden zu Wort (vgl. http://bellaciao.org/fr/spip.php?article68074). Während der venezolanische Präsident Hugo Chavez – der allerdings dafür bekannt ist, dass seine starken Sprüche keineswegs immer von Taten gefolgt werden – den EU-Ländern einen Öllieferstopp androhte, kündigte Ecuador unter Rafael Correa an, seine konsularischen Vertretungen im Ausland würden bei Abschiebungen nicht kooperieren. Etwa durch die Ausstellung von Reisedokumenten, ohne die eine Person nicht abgeschoben werden kann, die keinen Reisepass bei sich führt.

Ferner forderte Boliviens Staatsoberhaupt Evo Morales die afrikanischen Staaten auf, sich dem Protest anzuschließen. Deren Regimes haben allerdings kaum vernehmlich protestiert, unter anderem wohl, weil viele von ihnen finanziell und politisch stark von Frankreich oder anderen EU-Ländern abhängig sind. Oder aber weil die einheimischen Potentaten ihre finanziellen Interessen hauptsächlich in Europa haben, wo ihre Guthaben gebunkert sind und wo sie – im Falle eines Sturzes oder sonstigen Abgangs – einen ruhigen Lebensabend zu verbringen gedenken.

Die Revolte im Abschiebegefängnis vor den Toren von Paris hängt allerdings nicht direkt mit diesen internationalen Ereignissen zusammen. Vielmehr resultierte sie aus den inneren Spannungen, die seit längerem in der Anstalt herrschten. In einem offiziellen Untersuchungsbericht vom 5. Juni dieses Jahres war für den Fall eines weiteren Anstiegs der Spannungen übrigens bereits eine Meuterei oder Revolte vorhergesagt worden (vgl. http://www.ouest-france.fr/Incendie-du-centre-de-retention-de-Vincennes-un-rapport-avait-tire-la-sonnette-d-alarme/re/actuDet/actu_3631-652781–_actu.html). Nur ist die Prophezeiung möglicherweise früher eingetreten, als die Nationale Kommission zur Kontrolle der Abschiebegefängnisse – von der dieser Untersuchungsbericht stammt – es wohl vermutet hätte.

Aber was ist nun eigentlich am vergangenen Sonntag passiert?

Abschiebezentrum in Flammen

Die Anwesenden trauten zunächst ihren Augen nicht. Zunächst nur rund 40 Personen, später 150 bis 200 Personen waren am Sonntag Nachmittag zu einer – relativ spontan anberaumten – Protestkundgebung vor dem Abschiebegefängnis im Bois de Vincennes, dem Stadtwald südöstlich von Paris, versammelt. Anlass war der Tod eines 41-jährigen Tunesiers mit Namen Salem Essouli am Samstag. Er starb laut offiziellen Angaben der Pariser Polizeipräfektur an Herzversagen. Der tunesische Staatsbürger war laut Angaben seiner Mithäftlinge chronisch krank und hatte am Samstag um 15 Uhr den Zugang zu Medikamenten verlangt. Vergeblich. Um dieselbe Zeit hatte ein ebenfalls in der Abschiebehaftanstalt festgehaltener Ägypter einen Selbstmordversuch begangen, indem er Eisendrähte verschluckte, um seiner für diese Woche angesetzten Abschiebung zu entgehen. Das „Netzwerk Erziehung ohne Grenzen“ (RESF, Réseau éducation sans frontières), das hauptsächlich Kinder und Jugendliche vor drohenden Abschiebungen – zusammen mit ihren Familien – versteckt, hatte für den darauffolgenden Nachmittag zur Protestversammlung vor den Toren des Abschiebegefängnisses aufgerufen.

Und plötzlich stieg, gegen 16 Uhr, dicker Rauch aus den Dächern der beiden Gebäude der Abschiebehaftanstalt auf. Und alsbald züngelten auch Flammen aus einem der Dächer. Binnen weniger Minuten brannte eines der beiden Gebäude aus, das Dach brach nach innen hin ein, und nur

noch die Mauern blieben stehen. Der andere Bau hingegen kokelte rund zwei Stunden vor sich, bis auch dort dasselbe Ergebnis eintrat. Am frühen Sonntag Abend blieben von den beiden kasernenähnlichen Gebäuden der Abschiebehaftanstalt, die auf dem Gelände einer Polizeischule im Bois de Vincennes liegt, nur noch aschgraue kahle Mauern übrig.

Unterdessen drangen Schreie aus dem Inneren der beiden Gebäude. Bei der Polizei schien nackte Panik zu herrschen, behelmte und bewaffnete Bereitschaftspolizisten der CRS liefen hin und her. Gruppenweise wurden Insassen der Abschiebehaftanstalt in die Turnhalle und in den Innenhof geführt und argwöhnischen Auges überwacht, unter der Drohung, jederzeit Tränengas gegen sie einzusetzen, falls sie eine falsche Bewegung unternähmen. Dort waren sie aber weiterhin der Rauchentwicklung infolge des Brandes ausgesetzt. Mehrere Personen mussten mit Rauchvergiftung ins Freie transportiert werden. Dagegen haben es allem Anschein nach (einzelne) Abschiebehäftlinge doch geschafft, die Gelegenheit zu nutzen, die Beine in die Hand zu nehmen und in die Freiheit zu entkommen. Am Sonntag Abend wurde ihre Zahl zunächst auf 56 geschätzt, doch am Montag wurde sie lt. offiziellen Angaben auf 14 herunter korrigiert. Am Dienstag gab die Polizeipräfektur von Paris dann an, „nach dem letzten Appell" habe sich herausgestellt, dass doch nur ein Abschiebehäftling – ein ägyptischer Staatsbürger – entkommen sei. Aber möglicherweise möchte die Präfektur auch nur nicht öffentlich einräumen, wie viele „Abschüblinge" ihr in Wirklichkeit durch die Lappen gegangen sind, um jegliche „Anstiftungswirkung" zu unterbinden.

Die übrigen – jene, die nicht abhauen konnten – wurden auf Abschiebehaftanstalten in ganz Frankreich, vom nordfranzösischen Lille über Palaiseau (im Pariser Umland) bis hinunter ins südliche Nîmes. Aufgrund „fehlerhaften Verfahrens" bei der Überstellung ließen französische Gerichte daraufhin am Dienstag 12 Abschiebehäftlinge auf freien Fuß: Bei ihnen sei die obligatorische Rechtsbelehrung unterblieben. Oder sie hätten am folgenden Tag einen vom Gesetz zwingend vorgeschriebenen Termin zur Vorführung vor einem Richter, der über ihre Freilassung oder weitere Festhaltung entscheiden sollte, gehabt – der infolge der Überstellung in andere Abschiebehaftanstalten ausfiel.

Allerdings dürften die französischen Behörden nun in naher Zukunft einen Engpass bei den landesweit zur Verfügung stehenden Plätzen in den Abschiebehaftanstalten antreffen. Die Anstalt von Vincennes war die mit Abstand größte in ganz Frankreich.

Stress und Spannungen

Der Brand war das Ergebnis einer Revolte im Inneren der Abschiebehaftanstalt: Der Selbstmordversuch des Ägypters und der Tod des herzkranken Tunesiers waren für viele Insassen nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Insassen hatten ihre Matratzen in Brand gesteckt – mutmaßlich ohne im ersten Augenblick zu ahnen, dass sie dadurch ein solches Feuer auslösen und die ganze Anstalt abfackeln würden.

Die zuvor herrschende Situation im Inneren wird als seit Tagen und Wochen angespannt beschrieben. Das Centre de rétention administrative fasst 280 Plätze und war zum Zeitpunkt des Brandes mit 248 belegt. Damit herrschte zwar formal keine Überbelegung, wie sich die Regierung auch zu Wochenanfang – in einem „Dementi gegen die Anschuldigungen der Solidaritätsinitiativen" – beeilte zu betonen. Dennoch ist eine Anstalt wie die im Bois de Vincennes, die administrativ zum 12. Pariser Bezirk gehört, im Prinzip nicht für so viele Personen ausgelegt: Normalerweise darf sie nach französischen Vorschriften nur die Hälfte, 140 Personen, fassen. Das Abschiebezentrum im Pariser Stadtwald war jedoch vor zwei Jahren vergrößert worden, nachdem das so genannte „Ausländerdepot" – auch als „Mausefalle" bekannt – in den Kellergeschossen unterhalb der Pariser Polizeipräfektur (neben dem Justizpalast auf der Stadtinsel Ile de la Cité) nach jahrelanger Ankündigung endlich geschlossen worden war. In den unterirdischen Räumen hatten derart unerträgliche Zustände geherrscht, dass es seit Jahren durch Journalistenberichte und durch Solidaritätsinitiativen angeprangert worden war. Im Gegenzug wurde allerdings die Aufnahmekapazität der ach so schönen „modernen" Anstalt im Bois de Vincennes stark ausgebaut. Und das ist noch nicht alles: Im anderen Abschiebeknast im Pariser Raum, in Le Mesnil-Amelot in der Nähe des Flughafens von Roissy, sind derzeit zusätzliche Räume auf einer Fläche von 17.000 Quadratmeter in Bau.

Bedenkliche hygienische Zustände

Zur starken Auffüllung der Abschiebehaftanstalt kommen oft noch schwere menschliche Situationen und hygienische Verhältnisse hinzu. Wie die Wochenzeitung ‚Le Canard enchaîné' im April enthüllte, hatte etwa die Firma GEPSA – eine Filiale des Multikonzerns Suez –, die seit dem 1. Januar 2007 als Subunternehmen mit der „Betreuung" der Abschiebehäftlinge, der Lieferung von Bettwäsche und Kantinenesse betraut worden war, entschieden, die Bettlaken und Decken nur alle vier Monate auszuwechseln. Um Kosten zu sparen. Neuankömmlinge bekamen stinkende und abstoßende Bettwäsche in die Hand gedrückt, viele von ihnen schliefen auf Matratzen auf dem Boden. Dies rief einen Skandal hervor – aber derjenige Angestellte, der „ausgepackt" und die unmöglichen Zustände beschrieben hatte, wurde fristlos entlassen. Das Unternehmen berief sich darauf, den Auflagenkatalog der Pariser Polizeipräfektur – der die Abschiebehaftanstalt untersteht, die aber ihre konkrete Verwaltung an Privatunternehmen weitergegeben hatte – „nicht richtig gelesen zu haben". Welch bedauerlicher Irrtum. Tatsächlich steht in dem Auflagenkatalog, den das Subunternehmen sozusagen nicht richtig interpretiert hat, dass – zumindest – bei jeder Ankunft eines neuen Insassen die Bettwäsche gewechselt werden solle.

Schon zu Jahresanfang war es infolge der starken Anspannung unter den Abschiebehäftlingen zu Revolten und Hungerstreiks gekommen. Am 11. Februar setzten die Polizeikräfte dabei den „Taser" gegen Abschiebehäftlinge ein. Dabei handelt es sich um ein elektrisches Gerät, das „Aufrührern" starke Stromstöße versetzt – und das in Nordamerika von Menschenrechtsorganisationen beschuldigt wird, 150 Tote in den USA und Kanada bei polizeilichen Einsätzen hinterlassen zu haben. Ob das Gerät deswegen als gefährlich bezeichnet werden darf, muss demnächst in Frankreich in einem Prozess geklärt werden: Das französische Unternehmen, das die Apparate hierzulande ausliefert, hatte gegen den linksradikalen Politiker Olivier Besancenot geklagt – weil der Präsidentschaftskandidat vom letzten Jahr behauptet hatte, dass der „Taser" töten könne, und sich dabei auf die Angaben US-amerikanischer NGOs berief.

Die Solidaritätsinitiativen reagierten sofort auf die Ereignisse vom Sonntag, unterstützten die Revolte und prangerten die Abschiebepolitik unter Präsident Nicolas Sarkozy (der ein jährliches Kontingent von 25.000 „effektiv durchgeführten Entfernungsmaßnahmen" angeordnet hat) als verantwortlich an. U.a. die Antirassismusbewegung MRAP, die französisch-tunesische „Vereinigung für Bürgerrechte auf beiden Ufern (des Mittelmeers)" FTCR und andere Verbände riefen für den Dienstag zu einer Solidaritätskundgebung vor den Mauern des abgebrannten Abschiebeknasts auf, an der mehrere Hundert Menschen teilnahmen.

Unterdessen beschuldigte die konservative Regierungspartei UMP das „Netzwerk Erziehung ohne Grenzen" RESF, die Abschiebehäftlinge durch ihre Solidaritätsdemos „aufzuwiegeln" und dadurch „Menschenleben zu gefährden" – so der Parteisprecher Frédéric Lefevbre. Dies führte am Montag zu einer heftigen innenpolitischen Polemik, während sich Abgeordnete der UMP und der französischen KP im Innenhof der abgebrannten Abschiebehaftanstalt gegenseitig beschimpften. Den Vogel schoss jedoch der nationale Sprecher der UMP für die Jugendlichen, David Weiss, ab – indem er das „Netzwerk Erziehung ohne Grenzen" gleich als „quasi terroristische Bewegung" bezeichnete. (Vgl. http://nantes.indymedia.org/attachments/jun2008/jeunesumpresf.mp3

Bernhard Schmid, Paris ■

Dem Frieden eine Chance. Truppen raus aus Afghanistan.

Mit einem Aufruf zu Demonstrationen, Mahnwachen, Informationsveranstaltungen und Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten, ist am Sonntag der Internationale Afghanistan-Kongress der deutschen Friedensbewegung in Hannover zu Ende gegangen. Die Teilnehmer riefen für den 20. September zu einer bundesweiten Demonstration nach Berlin und Stuttgart auf. Zugleich zeichnete sich die Perspektive einer verstärkten Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Kirchen ab.

Mehr als 400 Teilnehmer hatten zuvor einer Vielzahl von Vorträgen deutscher und internationaler Referenten gelauscht und in zahlreichen Foren über die unterschiedlichsten Aspekte des Afghanistan-Konfliktes und Möglichkeiten friedlicher Lösungen diskutiert.

Die Gäste aus Afghanistan hatten in ihren Beiträgen ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine weitere Stationierung ausländischer Truppen nicht im Interesse des afghanischen Volkes ist. Die Vertreter der deutschen Friedensbewegung stellten daher in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen, wie Bundesregierung und Parlament dazu gebracht werden können, der deutlichen Ablehnung des Afghanistaneinsatzes durch die Bevölkerung zu entsprechen und der Verlängerung der Bundeswehrmandate nicht zuzustimmen.

Organisationen der Friedensbewegung aus 12 Ländern nahmen den Kongress in Hannover zum Anlass, ein internationales Netzwerk für Frieden in Afghanistan zu gründen. Ihre gemeinsame Hauptforderung ist der Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan als Voraussetzung für eine friedliche Lösung.

Am Rande des Afghanistan-Kongresses diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der deutschen und der internationalen Friedensbewegung gemeinsame Gegenaktivitäten zum 60. Jahrestag der NATO. Dieser Jahrestag wird im Mai 2009 in Straßburg und Kehl gefeiert. Eine Internationale Konferenz im Oktober 2008 in Frankreich oder Deutschland soll detaillierte Vorschläge für gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen in der Größe der G-8-Proteste erarbeiten. Dazu wurde eine Vorbereitungsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aus Frankreich, Deutschland. Großbritannien, Griechenland und des Internationalen Friedensbüros (IPB) gebildet.

Der Kongress wurde getragen von: Afghanisches Kultur- und Kommunikationszentrum Berlin, Antimilitaristischer Arbeitskreis Hannover, Attac Deutschland, Bundesausschuss Friedensratschlag, DFG-VK, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Niedersachsen, Kooperation für den Frieden, IALANA, Friedensbüro Hannover, Friedens- und Zukunftswerkstatt, IG Metall Verbindungsbüro Soziale Bewegungen.

Als Referenten traten in Hannover Vertreterinnen und Vertreter aus der afghanischen Zivilgesellschaft, der Friedensbewegung unter anderem aus Frankreich, Schweden, den USA und Deutschland sowie Wissenschaftler, Politiker und Gewerkschafter auf.

Die Themen der Vorträge und Arbeitsgruppen reichten von den unterschiedlichen Aspekten der Lage in Afghanistan – der Situation der Frauen, der Rolle des Islam, der sozialen Lage und der Drogenwirtschaft – über die internationalen und historischen Dimensionen des Afghanistankonfliktes bis hin zu Alternativlösungen und Anforderungen an eine Außenpolitik des Friedens.

Peter Strutynski und Reiner Braun ■

Herbstaktionen der Friedensbewegung:

Dem Frieden eine Chance. Truppen raus aus Afghanistan.

Aufruf des Internationalen Afghanistan-Kongresses in Hannover

Mit dem sieben Jahre andauernden Krieg in Afghanistan wurde keines der vorgeblichen Ziele erreicht. Im Gegenteil: Gewalt, Terror und Drogenhandel prägen den Alltag. In den meisten Regionen Afghanistans herrschen Warlords und Drogenbarone. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Menschenrechte werden weiterhin mit Füßen getreten. Die Alphabetisierungsrate ist seit dem Einmarsch gesunken. Täglich sterben in Afghanistan 600 Kinder unter fünf Jahren. Alle 29 Minuten stirbt eine Frau bei der Geburt ihres Kindes. Die durchschnittliche Lebenserwartung ging zurück.

Für uns ist Deutschlands Beteiligung an diesem grausamen Krieg nicht akzeptabel. Die Besatzung, die gegenwärtige massive Kriegführung sowie die vorgesehene Verstärkung der US-Armee und der Bundeswehr drohen den Krieg zu verlängern und das Land weiter zu destabilisieren. Deutschland würde noch enger in die Kriegführungsstrategie der NATO und damit der USA verstrickt. Diese zielt ab auf die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens und Zentralasiens zur Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen.

Obwohl die Bundesregierung die zivile Wiederaufbauhilfe zu ihrem Schwerpunkt für Afghanistan erklärt hat, wird für den Krieg ein Vielfaches der Mittel ausgegeben, die für den zivilen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Der Verdacht liegt nahe, dass die „zivile Komponente" des Bundeswehreinsatzes zur Rechtfertigung des Krieges instrumentalisiert wird.

Wiederaufbau, Demokratie und eine soziale Entwicklung können erst gelingen, wenn der Krieg beendet und die fremden Truppen abgezogen sind. Die frei werdenden Mittel müssen für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden.

Wir fordern von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, keiner Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan zuzustimmen. Hören Sie auf, den Friedenswillen der Bürgerinnen und Bürger weiter zu missachten! Wir unterstützen alle Soldatinnen und Soldaten, die von ihrem Grundrecht auf Verweigerung des Kriegseinsatzes Gebrauch machen.

Der Abzug der Bundeswehr würde die USA und andere Kriegsparteien unter Druck setzen, ihre Truppen ebenfalls abzuziehen. Dadurch erhielte der Frieden eine echte Chance.

Wir wollen Frieden für Afghanistan. Dafür rufen wir in den nächsten Wochen und Monaten zu vielfältigen örtlichen und regionalen Aktionen auf: Zu Demonstrationen, Mahnwachen, Diskussionsrunden, Informationsveranstaltungen, Gesprächen mit Abgeordneten, Flugblattaktionen und Zeitungsanzeigen. Für den 20. September 2008 rufen wir zur bundesweiten Demonstration nach Berlin und Stuttgart auf.

Hannover, 8. Juni 2008

Solidaritätsaktion für verurteilten US-Kriegsdienstverweigerer

Am 13. Mai 2008 wurde der in Vilseck/Bayern stationierte US-Kriegsdienstverweigerer Robert Weiss zu sieben Monaten Haft verurteilt. Das US-Militärgericht der Rose Barracks in Vilseck befand ihn für schuldig, die Verlegung seiner Einheit absichtlich verpasst zu haben (Missing Movement) und desertiert zu sein. Die Haftstrafe wird Robert Weiss im US-Militärgefängnis in Mannheim absitzen.

Das Military Counseling Network und Connection e.V. verurteilen die Entscheidung des Gerichts. Sie fordern das US-Militär auf, Robert Weiss als Kriegsdienstverweigerer anzuerkennen und unverzüglich freizulassen.

Obwohl Robert Weiss im Sommer 2007 einen Antrag stellte, um als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden, wurde er mit seiner Einheit in den Irak verlegt. Der Antrag wurde kurz vor seinem Heimaturlaub, Anfang Dezember 2007, abgelehnt. Er verweigerte sich einem erneuten Einsatz im Irak und kehrte nicht mehr von seinem Heimaturlaub zurück. Er stellte sich sieben Wochen später den Militärbehörden. Mit dem Urteil ist erneut ein US-Kriegsdienstverweigerer trotz seiner Überzeugung zu einer Haftstrafe verurteilt worden.

Rudi Friedrich vom Kriegsdienstverweigerungsnetzwerk Connection e.V. erklärte dazu:

„Das US-Militär zeigt damit Härte gegenüber denjenigen, die sich dem Kriegseinsatz verweigern.

Es macht deutlich, wie sehr es um die Moral in der Truppe fürchtet, in der es zunehmend Widerstand gegen den Einsatz im Irak und in Afghanistan gibt. Den Verweigerern und ihrem Mut gebührt die Hochachtung. Sie brauchen unsere Unterstützung."

Das Military Counseling Network und Connection e.V. riefen dazu auf, Robert Weiss – wie anderen inhaftierten US-Verweigerern – Solidaritätspostkarten zu schreiben. „Dies ist ein wichtiges Mittel, die Moral der Verweigerer auch in der Haft zu stärken." Postkarten können online über www.Connection-eV.de/briefaktion ausgefüllt werden.

An der lautstarken Kundgebung zur Anerkennung und Freilassung der inhaftierten Kriegsdienstverweigerer am 12. Juni vor der Colemann-Barracks nahmen Vertreter der Veterens-against-the-war, der Stop-the-war-brigade, des Antikriegsforums Heidelberg und des Friedensplenums Mannheim teil. Die anschließende Informations-Veranstaltung im Bürgerhaus Neckarstadt war geprägt vom kriegsbedingten Flash-backs des traumatisierten Aktivisten der Veterens-against-the-war kurz vor der Veranstaltung. Er konnte an diesem Abend nicht mehr über seine Kriegserfahrungen berichten. Das übernahmen sehr eindrucksvoll zwei Vertreter der Stop-the-war-brigade. In der Diskussion wurde u.a. auch thematisiert, dass der derzeitige Wahlkampf des US-Präsidenschafts-Kandidats Obama von den gleichen neoliberalen Kräften unterstützt wird wie der derzeitige Kriegs-Präsident Bush und auch von ihm keine grundsätzliche Abkehr von der Kriegspolitik und den Angriffsplänen gegen den Iran und den Raketenstationierungen zu erwarten sei. Zum Schluss wurde noch auf die von der Antikriegs- und Friedensbewegung geplanten bundesweiten Großdemos in Berlin und Stuttgart am 20. September mit der Forderung Nato und Bundeswehr raus aus Afghanistan hingewiesen.

Kriegsdienstverweigerungsnetzwerk Connection e.V ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Wie die SPD endgültig vernichten?

Junge Freiheit Nr. 25/08 vom 13.6.2008

Der Jahrestag des 17. Juni 1953 bewegt das Blatt dazu, den Aufstand in eine Reihe mit den Kriegen gegen Napoleon, dem Wartburgfest, dem Hambacher Fest, dem Paulskirchen-Parlament und den „Republik-Gründungen von 1919 und 1949 und mit dem Fall der Berliner Mauer 1989“ zu stellen.

Zum anderen ist der Jahrestag Anlass, der SPD einen Rat zu geben, der unweigerlich zum endgültigen Zerfall führen würde. Weil die SPD zu Beginn der Weimarer Republik die Farben Schwarz-Rot-Gold gegen das preußische Rot-Weiß durchsetzte, sei es nun an der Zeit: „Die überfällige Aussöhnung mit der nationalen Frage, die Erkenntnis, dass die Demokratie, Patriotismus, Sozial- und Nationalstaat keine Widersprüche sind, sondern einander bedingen, könne der orientierungslos gewordenen Sozialdemokratie wieder Halt und Richtung geben.“

Dies bedeutet zumindest zurück in die Fußstapfen der CDU der fünfziger Jahre, wenn nicht weiter zurück in die Phalanx der reaktionären und konservativen Parteien der Weimarer Republik. Das aber kann nicht der Weg der SPD sein, denn das würde den endgültigen Abschied von den wenigen noch übrig gebliebenen sozialdemokratischen Grundsätzen, von jedem Rest Solidarität und sozialer Gerechtigkeit bedeuten.

Dank an Irland

Junge Freiheit Nr. 26/08 vom 20.6.2008

„Danke, Irland!“ titelt das Blatt zur knappen Ablehnung des Lissabon-Vertrages im irischen Referendum und nimmt das zum Anlass, die alte rechtsextreme Forderung nach einem „Europa der Vaterländer“ wieder aufzunehmen. Nur so könne die Demokratie gesichert werden. Außerdem: „Erweiterung und Vertiefung zugleich geht nicht. So notwendig es ist, dass die Staaten des Kontinents sich in Außenpolitik, Welthandel und Sicherheit abstimmen, so utopisch ist es, durch zentralistische Umverteilung und ‚Harmonisierung‘ überall gleiche Lebensverhältnisse schaffen zu wollen. Jede ‚Reform‘, die sich an dieser Quadratur des Kreises versucht, muss scheitern.“

Das macht schon eher deutlich, was das „Europa der Vaterländer“ aus rechtsextremer Sicht bedeutet: Auf jeden Fall müssen die sozialen Unterschiede und Ungleichheiten erhalten bleiben.

Anti-islamische Hetze

Junge Freiheit Nr. 26/08 vom 20.6.2008

Mit gleich mehreren Reportagen und Artikeln bemüht sich das Blatt darum, den Islam als vor allem aggressive, menschenverachtende Religion darzustellen. Da wird auf zwei Seiten über eine Frau berichtet, die sich angeblich verstecken muss, weil sie mit dem Islam gebrochen und zum Christentum konvertiert sei. Eine weitere Reportage widmet sich angeblich bösartigen Tunesiern, die Heiraten mit Urlauberinnen erschwindeln, um sich dann deren mühsam Erspartes unter den Nagel zu reißen – ein Vorgang, der nun wirklich nicht nur in Tunesien stattfindet, sondern auch von deutschen Heiratsschwindlern in der Bundesrepublik betrieben wird. Der Ehrenmord gehöre in der Bundesrepublik mittlerweile zum Alltag, ist eine weitere Behauptung. Das Blatt beteiligt sich vehement an der Anti-Islam-Kampagne der Rechtsextremen in der Bundesrepublik.

Das Blatt sieht die CSU in der Krise

Junge Freiheit Nr. 27/08 vom 27.6.2008

Für die Krise sprechen aus Sicht des Blattes zweierlei: Erstens ist die CSU in Umfragen für die bayerische Landtagswahl unter 50% gerutscht. Zweitens mache die CSU inhaltlich und programmatisch beim „Linksruck“ der CDU mit: „Ein paar konservativ inspirierte Nuancierungen bei der Familienpolitik, Integration oder innerer Sicherheit sind noch kein Gegenentwurf zum linksliberalen Zeitgeist.“, schreibt das Blatt. Und drittens erlauben sich inzwischen selbst CSU-Politiker, an Bündnissen gegen Rechts teilzunehmen. Die Partei habe die Linie Franz-Josef Strauß‘ verlassen, nach der neben der CSU kein Platz für eine weitere rechte Partei sei: „Entweder geht die CSU beim frühen Strauß in die Lehre und wird zum rechtskonservativen Widerpart in Deutschland – oder sie … wartet, bis andere in die Lücke stoßen, die sie offen lässt.“ *uld* ■

Anzeige

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507